Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug wöchentlich. Postbezug monatlich. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 120 Milld., Sonnabends 150 Milld. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik usw.) besteht k. Anspr. a. Lieser. od. Rückvergüt.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100.

Nr. 5 — Montag, den 7. Januar 1924 — **164. Jahrgang**

Der Wirtschaftskrieg im Ruhrgebiet.

Anfang nächster Woche beginnen in Berlin wichtige

Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern der besetzten Gebiete.

Dabei handelt es sich, wie wir erfahren, in erster Linie um die Ausdehnung der Micumverträge auch auf andere Industriezweige der besetzten Gebiete. Die französischen Behörden arbeiten in aller Stille daran, um der gesamten Industrie die gleichen Abkommen aufzuzwingen, wie sie von der Kohlenindustrie mit der Micum abgeschlossen worden sind. Unter dem Zwange der Verhältnisse sind in der Zwischenzeit tatsächlich auch bereits Abkommen mit der Eisen- und Braunkohlenindustrie, mit der chemischen Industrie sowie mit der Textil- und Seidenindustrie zustandegekommen. Die Franzosen legen dabei den Interessenten fertige Formularanträge vor, die in weitgehender Anlehnung an die Micumverträge die Klausel enthalten, die die betreffende Industrie zu Reparationslieferungen verpflichtet.

Die Verpflichtungen aus diesen von Frankreich erzwungenen Verträgen sind so schwer, daß die Industrieunternehmen in einer Weise ausgebeutet werden, die sie

nach kurzer Zeit zugrunderichtet

wie die gesamte Arbeiterschaft und Beamtenschaft zu Sklaven im wahrsten Sinne des Wortes herabdrückt. Wohin dieser unerhörte Druck führt, läßt sich aus der folgenden Meldung erkennen:

Die 65-Stunden-Woche für den Ruhrbergbau.

Nach der hierher gelangten Meldung ist in Essen ein Schiedsspruch gefällt worden, der die **wöchentliche Arbeitszeit der Untertagearbeiter im Ruhrgebiet auf durchschnittlich 65 Stunden festsetzt.**

Noch über 2000 Ruhrdeutsche im Kerker!

Nach den letzten authentischen Nachrichten befinden sich in den Gefängnissen des Rhein- und Ruhrgebietes noch über 2000 deutsche Gefangene, vorausgesetzt, daß in den letzten zwei Wochen die von den Franzosen gemeldeten etwa 700 Amnestierungen tatsächlich stattgefunden haben. Von authentischer deutscher Seite wird diese Zahl der Amnestierungen als viel zu hoch bezeichnet.

Die Franzosen geben die Zahl der Gefangenen außerdem weit niedriger an, und zwar unterscheiden sie dabei politische Gefangene und die nach ihrer Auffassung aus kriminellen Gründen Verurteilten. — Von deutscher Seite muß darauf hingewiesen werden, daß ein sehr großer Teil der Verurteilungen, die die Franzosen als kriminell bezeichnen, aus politischen Gründen erfolgt ist.

Der Beamtenabbau im besetzten Gebiet.

Paris, 7. Januar. Nach einer „Havas"-Meldung aus Koblenz, hat die Rheinlandkommission beschlossen, die Verordnung der Reichsregierung vom 27. Oktober 1923 über die Einschränkung der Beamten- und Angestelltenzahl zuzulassen, sie jedoch zu kontrollieren.

Raubgelüste der Separatisten auf Mannheim und Heidelberg.

München, 5. Januar. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" berichten aus Speyer, daß dort und in Worms die schon zur Reserve entlassenen Separatistentruppen neu einberufen und auch wieder neue Separatistendataillone zusammengestellt werden. Aus Aeußerungen der Separatisten geht hervor, daß die Absicht besteht, Mannheim und Heidelberg zu besetzen.

Festnahme von Geiseln.

Speyer, 5. Januar. Generalleutnant a. D. Leibrock aus Haßloch und der Sohn des Generalmajors v. Gropper, Edesheim bei Landau, wurden gestern von den Separatisten als Geiseln für zwei im rechtsrheinischen Gebiet festgenommene Separatisten verhaftet und in das Separatistengefängnis im Regierungsgebäude zu Speyer eingeliefert.

Frankreichs Ungeduld.

Paris, 7. Januar. Nach dem „Temps" ist im Foreign Office den ausländischen Diplomaten erklärt worden, das sozialistische Kabinett werde sich lediglich so verhalten wie das Kabinett Baldwin. **Baldwin und Lord Curzon seien entschlossen gewesen, die englischen Truppen aus Köln zurückzuziehen, keine Delegierten mehr in der Rheinlandkommission zu belassen und keinen Vertreter mehr in die Botschafterkonferenz zu schicken.** Ramsay Macdonald und seine Kollegen würden zunächst dies Programm durchführen, nicht mehr und nicht weniger. „Wir wissen nicht", fügt der „Temps" hinzu, „ob diese Aeußerung der Wahrheit entspricht. Authentisch ist sie jedenfalls." Offenbar ein Versuchsballon, der die französische Ungeduld und Ungewißheit widerspiegelt.

Geheimhaltung der französischen Antwort.

Um die Militärkontrolle in Deutschland.

Paris, 6. Januar. In das Rätselraten über die Antwort Poincares auf die deutschen Vorschläge greift die „Agentur Havas" mit einer nichts weniger als klärenden offiziösen Mitteilung des Inhalts ein, daß die Meldungen über den negativen Charakter der französischen Antwort sich nicht auf den wahren Text der Antwort stützen. Wie am Quai d'Orsay erklärt wird, gedenke die französische Regierung bis zur Uebergabe der Dokumente an den deutschen Geschäftsträger absolutes Stillschweigen zu bewahren. Diese Mitteilungen haben offenbar den Zweck, eine optimistische Auffassung der Lage zu verbreiten und insbesondere den ungünstigen Eindruck zu verwischen, den die pessimistischen Pariser Telegramme in Berlin hervorgerufen haben. Die Ansicht maßgebender diplomatischer Kreise geht dahin, daß Poincare seiner Antwort eine Fassung geben wird, die der Berliner Regierung trotz der **Ablehnung gewisser Vorschläge** keine andere Wahl lasse, als die Besprechungen fortzusetzen.

Paris 6. Januar. Die Botschafterkonferenz wird sich, wie das „Echo de Paris" mitteilt, in ihrer heutigen Sitzung wiederum mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschland beschäftigen. Die Note, die am 21. November an die deutsche Regierung gerichtet wurde, und die keine Androhung von Sanktionen enthalten habe, sei ein toter Buchstabe geblieben. Man müsse also die Debatte, die am 21. November vorläufig abgebrochen wurde, wieder aufnehmen und zu einer praktischen Schlußfolgerung bringen.

„Konziliant, aber unbefriedigend."

Paris, 6. Januar. Die französische Antwort auf das deutsche Memorandum ist fertiggestellt und heute bereits der belgischen Regierung in Brüssel zur Kenntnis gebracht worden.

Der Entwurf ist vom Quai d'Orsay in Gemeinschaft mit Degoutte und Tirard ausgearbeitet worden. Poincare hat heute telephonisch vom Meuse-Departement aus seine Zustimmung gegeben. Daraufhin ist der Entwurf sofort an den französischen Gesandten in Brüssel übermittelt worden, der ihn noch heute der belgischen Regierung zur Kenntnis gebracht hat.

Französische unterrichtete Kreise wollen wissen, die Antwort sei so gehalten daß sie in Deutschland „nicht befriedigen" werde, obwohl sie äußerlich konziliant gehalten sei. Es sei dies eben ein Beweis dafür, daß eine ersprießliche Regelung nur bei einer Erörterung des Gesamtkomplexes möglich sei. **Man glaubt, daß bei der Ueberreichung der Antwort in Berlin dieser Gesichtspunkt geltend gemacht werde.**

Verzögerung der Antwort an Deutschland.

Paris, 6. Januar. Die Besprechungen zwischen Paris und Brüssel wegen der endgültigen Redaktion der Antworten auf die deutsche Denkschrift vom 24. Dezember 1923 werden noch einige Tage fortdauern.

Vor Mitte nächster Woche dürfte der Reichsregierung kaum eine Antwort zukommen. Die „Liberte" behauptet, daß man noch nicht glauben dürfe, daß die Antworten, die Frankreich und Belgien erteilt würden, negativ ausfallen werden. Natürlich müsse man zunächst wissen, was sich die „Liberte" unter einer negativen Antwort vorstellt. Wenn in den wichtigsten Punkten den Forderungen der Reichsregierung nicht Rechnung getragen würde und nur einige nebensächliche Angelegenheiten bewilligt würden, könnte man recht gut von einer negativen Antwort sprechen.

*

Die Pariser Senatswahlen.

Paris, 7. Januar. Bei den gestrigen Senatswahlen waren 116 Mandate zu vergeben. Die zur Wiederwahl stehenden Senatoren verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Konservative und Liberale 19, Republikaner 15, Linksrepublikaner 24, unabhängige Radikale 8, Radikale 1, Radikale und Radikal-Sozialisten 6, republikanische Sozialisten 3. Gewählt wurden 17 Konservative, und Liberale, 12 Republikaner, 15 Linksrepublikaner, 3 unabhängige Republikaner. 31 Radikale und Radikalsozialisten, 4 sozialistische Republikaner, ein Sozialist. Unter den bereits wiedergewählten bekanntesten Senatoren befinden sich: Poincare, Leon Bourgeois, ferner de Monzie, Ratier, Lebrun, Delahaye und General Hirschauer. Die sozialistische Fraktion, die nur zwei Senatoren umfaßt, verzeichnet den Gewinn eines Sitzes. In der Stichwahl stehen 5 Sozialisten sowie der kommunistische Abgeordnete Cachin.

Paris, 7. Januar. Bei den gestrigen Senatswahlen haben in 33 Wahlkreisen Stichwahlen stattzufinden. Nach der „Agence Havas" haben 11 Wahlen zu einem Ergebnis geführt. Die Sitze verteilen sich wie folgt: Konservative und Liberale 0, Republikaner 0, Linksrepublikaner 3, unabhängige Radikale 1, Radikale und Radikal-Sozialisten 6, republikanische Sozialisten 0, Sozialisten 1. Ein Wahlergebnis steht noch aus. Im dritten Wahlgang, bei dem die radikale Mehrheit entschied, haben 21 Stichwahlen stattzufinden.

Wenn der Frank sinkt ....

Paris, 7. Januar. Das „Echo de Paris" kündigt eine Sondersitzung des Kabinetts nach der Rückkehr Poincares aus dem Maasdepartement an, die sich mit den Maßnahmen zum Schutze der französischen Währung beschäftigen wird.

Der französische Finanzminister de Lasteyrie konferierte am Sonnabend vormittag mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, dem Syndikus der Wechselagenten und dem Präsidenten der Pariser Handelskammer über die Maßnahmen zum Schutze des Frankkurses.

Deutsch-französische Kapitalverschwägerung?

Zwischen Weihnachten und Neujahr hat der auch früher schon im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem viel genannte radikal-sozialistische französische Deputierte Reynaud in einer Plenarsitzung der Kammer den Plan einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit erörtert. Die Ausführungen Reynauds knüpften an die Vorschläge an, die der deutsche Industrielle Arnold Rechberg seit Jahren vertritt. Rechberg hat u. a. auch mit dem Ministerpräsidenten Poincare und dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou gesprochen und sich gegen Vorwürfe der deutschen Presse verteidigt, die er der Pariser Zeitung „Intransigeant" zur Verfügung gestellt hat. In Deutschland gibt es nur wenige, die Herrn Rechberg unterstützen; selbst führende Männer der sogenannten „Kontinental-Politik" erklären das Vorgehen Rechbergs für schädlich. Die Ideen, die den Rechbergschen Plänen zugrunde liegen, verdienen jedoch die Beachtung des ganzen deutschen Volkes, weil nur so ein einmütiger Entschluß entstehen kann, nach welcher Richtung wir den Rettungsweg zu suchen haben.

Der Hauptinhalt der Rechbergschen Vorschläge ist folgender: Frankreich soll sich diejenigen wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands aussuchen, an welchen es eine Beteiligung wünscht. Diese Unternehmungen sollen für 30% ihres Kapitals neue Aktien schaffen und Frankreich zur Verfügung stellen. Die Verrechnung dieser von privaten Stellen durchzuführenden Reparationsleistungen sei Sache des Reiches und der betreffenden Unternehmungen. In der Praxis — so meint Rechberg — würde sich Frankreich auf diese Art eine erhebliche Beteiligung in erster Linie am deutschen Kohlenbergbau, an der Schwerindustrie und an der chemischen Industrie verschaffen. Damit würde die alte Idee der deutsch-französischen Kapitalverschwägerung Tatsache. Rechberg fügt enthusiastisch hinzu, daß auf diese Art ein mächtiger wirtschaftlicher Konzern entstehen würde, der nirgendwo auf der Welt seinesgleichen hätte. Dieser Konzern biete gleichzeitig weitgehende politische und wirtschaftliche Garantien für die beteiligten Völker und für die gesamte Menschheit. — Gegen diese Kombination sind sofort einige wichtige Punkte geltend gemacht worden: Die Schaffung eines großen kontinental-europäischen Wirtschaftstrustes müsse die angelsächsischen Mächte und überhaupt alle Wirtschaftsvölker zur Abwehr aufrufen. Weiter stehe die Hingabe von erheblichen Minderheitsinteressen der deutschen Wirtschaft an eine einzige der Reparationsmächte im Gegensatz zum Sinn des Versailler Vertrages und zu den berechtigten Ansprüchen der übrigen Verbandländer. Die Geschichte der letzten fünf Jahre müsse uns zu allem anderen eher veranlassen als dazu, die Weltmächte zu brüskieren und allein auf das französische Pferd zu setzen.

Rechberg kann diese Konsequenzen seines Vorschlages nicht übersehen haben. Es ist daher nur die Deutung zulässig, daß er die Vorteile der von ihm betriebenen Lösung für überwältigend groß hält. Vor solchen Erwartungen kann garnicht ernst genug gewarnt werden. Wohl gibt es in Frankreich Kreise, die am Bestehen einer blühenden und leistungsfähigen deutschen Wirtschaft interessiert sind. Es fehlt aber jeder Beweis dafür, daß diese Gruppe starken politischen Einfluß besitzt oder demnächst erobern werde. Aber selbst vom wirtschaftlich interessierten Frankreich stehen einflußreiche Gruppen dem Ziel der Rechberg'schen Idee feindselig gegenüber. Der Besitz der lothringischen Eisenerzfelder wird Frankreich nicht zum Abschluß paritätischer Abmachungen mit den niederrheinischen deutschen Industrieunternehmungen, sondern zur Schaffung einer eigenen Schwerindustrie anregen, selbst wenn sich die betreffenden französischen Kreise zu einem kurzfristigen Uebergangsabkommen mit der westdeutschen Industrie entschließen sollten. Das Ergebnis der von Rechberg betriebenen deutsch-französischen Kapitalverschwängerungspolitik wäre also letzten Endes nur eine Legalisierung der politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft Frankreichs in Mitteleuropa.

Das Wettrüsten der Alliierten.

Paris, 6. Januar. Frankreich und England wetteifern miteinander auf der Suche nach Verbündeten. Dabei ist England vorwiegend um

Italien und Spanien

bemüht, während Frankreich sich seine Bundesgenossen an der unmittelbaren Grenze Deutschlands sichert. Die auffallende Tatsache, daß bei den englischen Flottenmanövern im Mittelmeer auch Verbände der italienischen Flotte teilnehmen werden, und auch spanische Marineverbände in Aussicht genommen sind, ist ebenso symptomatisch für die politisch gespannten Verhältnisse der beiden Hauptmächte Europas wie das

französisch-tschechoslowakische Bündnis,

dem, nach bisher allerdings noch unbestätigten Meldungen aus Belgrad ein

französisch-jugoslavisches Bündnis

nachfolgen wird.

Die großen Erfolge der französischen Politik, sich einen kontinentalen Block gegen Deutschland und England zusammen zu bilden, haben die englische Oeffentlichkeit außerordentlich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240107-12/fragment/page=0001

Ich beeinträchtigt und die Stimmen in allen englischen Parteien klingen heute schon zu einem mächtigen Tonschwall zusammen, daß Englands Außenpolitik nun endlich wieder zur

energischen Aktivität

zurückkehre und auf die Herstellung des europäischen Gleichgewichts bedacht sei. Nachdem die verschiedenen Versuche Englands, Amerika zu einem Bündnisvertrage zu gewinnen, gescheitert sind, verwendet England jetzt alle Aufmerksamkeit auf die

Verstärkung seiner heimischen Machtmittel.

So gibt das britische Luftschiffahrtsministerium in einer jüngsten Veröffentlichung bekannt, daß die Luftstreitkräfte des Innenreiches sofort 400 neue Piloten einstellt infolge der Verstärkung des Effektivbestandes der Flugzeugbestände, die gegenwärtig in Umbildung begriffen sind. So reift Europa einem neuen Zusammenstoß von unübersehbarem Ausmaß entgegen.

Noch 160 000 englische Forderungen zu regeln.

Paris, 6. Januar. Die „Evening News" melden, daß 160 000 Forderungen englischer Gläubiger, die von Deutschland, Oesterreich und Ungarn die Vorkriegsschulden bezahlt haben wollen, noch geregelt werden sollen. Deutschland habe für die Regelung der Vorkriegsschulden bisher 61 180 000 Pfund Sterling bezahlt. Das Blatt behauptet, daß Deutschland Obstruktion betreibe, um die Zahlung dieser Schulden zu verhindern. Die „Evening News" fordern, daß die Vorkriegsschulden in Goldmark und nicht in entwerteter Papiermark bezahlt werden sollen.

*

Es kriselt weiter.

Heldt zum Rücktritt aufgefordert.

Der außerordentliche Landesparteitag der Sozialdemokratie, der Sonntag in Dresden stattfand, tagte wieder, entsprechend dem neuerlich geübten Brauch der Geheimpolitik in der Sächsischen V. S. P. D., hinter verschlossenen Türen.

Nach unseren Informationen ist es bei der Beratung über den Antrag auf Auflösung des Landtages

zu außerordentlich heftigen Zusammenstößen

zwischen den Radikalen und Gemäßigten gekommen. Vom Berliner Parteivorstande waren die Parteiführer Wels, Dittmann und Hilferding anwesend. Die Landtagsabgeordneten Müller-Schleußig und Schembor-Zittau vertraten gegenüber dem kommunistischen Flügel um Arzt, Edel und Liebmann ihren Standpunkt mit Mut und Energie.

Sie verlangten eine Absage an die reinen Agitationspolitiker und wiesen nach, daß die Kommunisten infolge ihrer Moskauer Bindungen gar nicht an die Unterstützung einer sozialistischen Minderheitsregierung dächten, sondern daß deren Ziel ausgesprochenermaßen die Zerschlagung der Sozialdemokratie sei.

Der Parteitag spricht deshalb der Fraktionsmehrheit das schärfste Mißtrauen aus und billigt die Haltung der 15 Genossen der Fraktionsminderheit, die durch öffentliche Erklärung ihren ablehnenden Standpunkt getreu dem Parteitagsbeschluß präzisiert.

Die eingegangene Verbindung mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten ist eine glatte Unterwerfung unter die Gewaltpolitik der Bourgeoisie, die in Sachsen und Thüringen durch Staatsstreich und Reichsexekutive die Zerschlagung der sozialdemokraten Positionen und die Bildung einer Großen Koalition anstrebte. Diese Unterwerfung würde die Handelsfreiheit der Partei vernehmen, deshalb billigt der Parteitag die

Ablehnung der Großen Koalition

durch die Fraktionsminderheit.

In Konsequenz dieser Feststellung verlangt der Parteitag den Rücktritt des Ministerpräsidenten und den Appell an das Volk und fordert von der Fraktion für

die Auflösung des Landtages

sofort mit allen Mitteln einzutreten. Wird die Landtagsauflösung im Landtag nicht erreicht, so ist der Volksentscheid durchzuführen.

Der Landesparteitag fordert ausdrücklich von der Landtagsfraktion, daß sie diesem Entschluß entsprechend handelt. Nach Paragraph 23 des Reichsparteistatuts sind die örtlichen und Bezirksorganisationen gehalten, gegen Parteimitglieder vorzugehen, die beharrlich die Durchführung der Parteibeschlüsse verweigern. Der Parteitag fordert die Parteigenossen im Lande auf, treu zu den Beschlüssen des Landesparteitages zu stehen und von jeder Spaltung abzusehen, komme sie, woher sie wolle und ihr mit rücksichtsloser Energie entgegenzutreten. Angesichts der Zusammenballung aller Kräfte gegen das Proletariat ist mehr denn je die Aufrechterhaltung einer einigen und durchaus schlagfertigen Sozialdemokratie das Gebot der Stunde."

Bürgerlicher Wahlsieg in Lübeck.

Lübeck, 7. Januar. Bei dem gestrigen Volksentscheid über die Frage, ob der Senat zurücktreten soll, wurden von 64 462 Wahlberechtigten 73 747 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf nein (für das Verbleiben des Senates) 44 151, auf das ja (für den Rücktritt des Senates) 29 596 Stimmen. Nach diesem Ergebnis wird die Bürgerschaft vom Senat aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben.

Kommunisten-Verhaftung.

Stuttgart, 7. Januar. Sonnabend nachmittag wurde hier der kommunistische Reichstagsabgeordnete Bartz und der württembergische Landtagsabgeordnete Karl Müller, sowie weitere vier ehemalige Mitglieder der kommunistischen Partei von der Kriminalpolizei verhaftet. Von den Festgenommenen wurden alle mit Ausnahme des Reichstagsabgeordneten Bartz, der im Besitz von belastendem Material gewesen sein soll, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Frieden in der Metallindustrie.

Der Lohnkampf in der Metallindustrie erscheint beigelegt. Die Verhandlungen, die heute zwischen den Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller und den Vertretern der Berliner Metallarbeiter stattfanden, haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeit soll mit möglichster Beschleunigung wieder aufgenommen werden.

*

Benzelos zum Kammerpräsidenten gewählt.

Athen, 7. Januar. Benizelos wurde heute nachmittag, als er sich zur Kammer begab, beim Eintritt in die Kammer begeistert begrüßt. Auch als er den Abgeordnetereid ablegte, wurden ihm stürmische Huldigungen zuteil. Im Anschluß daran schritt die Kammer zur Präsidentenwahl. Der Republikaner Papanastasiu erklärte, er und seine Partei seien der Ansicht, niemand sei geeigneter, die Geschäfte des Parlaments zu leiten, als Benizelos. Nach weiterer Aussprache wurde Benizelos einstimmig zum Präsidenten gewählt.

Zur Abhilfe der Not in Mitteleuropa.

Kopenhagen, 7. Januar. Das seit mehreren Jahren bestehende dänische Gesamtkomitee für vom Kriege heimgesuchten Länder hat vom Justizminister die Genehmigung erhalten, am 5. Februar im ganzen Lande eine Sammlung zur Abhilfe der Not in Mitteleuropa, namentlich in Deutschland, zu veranstalten.

Erschwerte Schiffahrt durch Eisgang.

Kopenhagen, 7. Januar. Die Lage der Schiffahrt infolge der Bedrohung durch den Eisgang hat sich verschlimmert. Der Große Sund ist mit Festeis belegt. An der Seeländer Seite ist der Dampferverkehr nur mit Hilfe von Eisbrechern möglich. Die Fährverbindung mit Schweden wird noch durchgeführt, und zwar teilweise mit Eisbrecherfähre. Bei Masnedö sind die Verhältnisse besser. Im Kleinen und Großen Belt werden noch alle Fahrten durchgeführt. Der deutsche Dampfer „Oderthal", der vorgestern infolge des Eisganges bei der Einfahrt in den Hafen auf Grund lief, ist gestern wieder flott gemacht worden. Eine Anzahl kleinerer Schiffe passiert den Sund mit Eisbrecherhilfe.

Petersburg überschwemmt.

Petersburg ist von einer katastrophalen Ueberschwemmung heimgesucht, deren Umfang beispiellos ist. Eismassen aus dem Ladogasee, durch Tauwetter in Bewegung gesetzt, wälzen sich flußabwärts, sogar Stadtteile, die bei der großen Ueberschwemmung von 1824 verschont geblieben waren, stehen jetzt unter Wasser. Abteilungen von Pionieren versuchen, die Stauung der Eismassen durch Sprengungen zu verhindern.

Die Oeffnung der Grabkammer Tutankamens.

London, 7. Januar. Heute traf der erste ausführliche Bericht über die Oeffnung der inneren Kammer im Grabe Tutankamens ein, welche seit über dreitausend Jahren unberührt war und historische Schätze von unermeßlichem Werte enthielt. Inmitten von vier goldenen Schreinen, deren schwere goldene Türen reich geziert, mit Reliefs versehen und durch Ebenholzquerriegel geschlossen sind, erhebt sich der Sarkophag auf rosa Marmor überaus kostbar und reich geziert. Die unversehrten Siegel wurden geöffnet und nach den wissenschaftlichen Feststellungen die Mumie im Sarkophage gelassen.

Aus Stadt und Umgebung

Merseburger Musikverein. Das dritte Konzert findet am Mittwoch, den 9. Januar ds. Js., 7½ Uhr im Schloßgartensalon statt. Zu unserer großen Freude ist es gelungen, den berühmtesten Klaviermeister der Gegenwart Edwin Fischer zu einem Klavierabend zu gewinnen. Programm steht noch nicht fest, voraussichtlich Bach, Beethoven, Mozart usw. Als Sonderbeitrag ist der Betrag von 1,20 Goldmark festgesetzt, der in der Stollbergschen Buchhandlung von Sonnabend, den 5. ds. Mts. mittags ab zu entrichten ist, wo gleichzeitig die auszulosenden Platznummern in die mitzubringenden Mitgliedskarten eingetragen werden. Die Mitglieder sind zur Entrichtung des Sonderbeitrages verpflichtet; Nichtzahlung zieht außerdem den Verlust der Mitgliedschaft nach sich. Ueber Plätze, die bis zum Mittag des Konzerttages nicht abgeholt sind, kann der Vorstand anderweit verfügen, behält sich aber die Forderung gegen das Mitglied vor.

193. Bildungsabend. Wie wir hören, finden im Rahmen der Bildungsabende im „Herzog Christian" ein paar Hausmusikabende statt, welche der Musik aus alter Zeit für Lauten und Gitarren wieder zu neuem Leben verhelfen sollen. Die Spielfolgen beider Abende bringen selten gehörte Sachen für eine bis drei Gitarren. Auch Lieder zur Laute sind nicht vergessen worden. Der Kartenverkauf hat heute in der Stollbergschen Buchhandlung begonnen.

Der Eisklub Merseburg hat bereits am Sonnabend seine eigene Eisbahn auf dem Gotthardtteiche eröffnet. Durch ein Abkommen mit dem Pächter der öffentlichen Eisbahn ist es gelungen, einen Teil des Gotthardtteiches in eigene Pacht zu übernehmen. Wir werden gebeten, bekannt zu geben, daß ab heute das Betreten der Club-Eisbahn nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarten gestattet ist, die in der Gotthardtdrogerie bei Herrn Emanuel, Gotthardtstr. zu haben sind. An Tagen, an denen Konzert auf dem Eise stattfindet, wird ein Zuschlag erhoben. Am gestrigen Sonntag boten beide Eisbahnen, die sehr gut besucht waren, ein farbenfrohes Bild. Falls der Wettergott keinen Strich durch die Rechnung macht, soll noch in dieser Woche ein Abendkonzert stattfinden.

Bestrafter Leichtsinn. Am Sonntag nachmittag fuhren die Herren B. und J. in einem mit zwei Pferden bespannten Personenschlitten auf den Gotthardtteich und durchquerten in rücksichtslosester Weise die beiden von vielen Menschen besuchten Eisbahnen. In der Nähe der Schwemme und der Stellen, an denen das Eis für die Brauerei entfernt war, brach der Schlitten mit den Pferden mit lautem Krach ein. Die Pferde standen etwa 20 Minuten bis über den Leib im Wasser, bis es gelungen war, das Eis aufzuhacken und Bohlen und Bretter ins Wasser zu lassen. Die Insassen konnten auf Leitern ihrem kühlen Bade entsteigen. Nur der Kutscher mußte, um die Tiere abzuschirren, bis an den Hals im Wasser stehen. Auch einige Kinder, die sich in jugendlichen Leichtsinn an den Schlitten gehängt hatten, machten mit den kühlen Fluten Bekanntschaft. Sehr leicht hätte ein größeres Unglück entstehen können, da die Schlittschuhläufer und viele Spaziergänger über das Eis der Unfallstelle zuströmten. Nur der Besonnenheit einiger Herren die das Publikum auf das Gefährliche aufmerksam machten, ist zu danken, daß eine größere Ansammlung der Zuschauermenge nahe der Einbruchsstelle und ein weiteres Einbrechen der Eisdecke vermieden wurde.

In unserem Wandkalender für das Jahr 1924 haben sich leider zwei Fehler eingeschlichen und zwar ist der 19. November der Buß- und Bettag. An Stelle des auf Sonntag, den 25. November angeführten Bußtages ist der „Totensonntag" zu setzen.

Das Finanzamt teilt mit: Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab wird der Wert der Sachbezüge für die Zwecke des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wie folgt festgesetzt: 1. volle freie Station a) für weibliche Hausangestellte usw. monatlich 20.00 Goldmark, b) für männliche Angestellte usw. monatlich 30 Goldmark, c) für Angestellte höherer Ordnung monatlich 45 Goldmark. 2. freie Station 5/6 der zu 1 bezeichneten Sätze; 3. freie Wohnung für (verheiratete) Deputatempfänger in der Land- und Forstwirtschaft jährlich 30 Goldmark. 4. Getreide pro Zentner: a) Roggen 5,90 Goldmark, b) Roggenmehl 7,40 Goldmark, c) Gerste 7.00 Goldmark, d) Weizen 7.00 Goldmark, e) Weizenmehl, Graupen, Gries oder Grütze 9,60 Goldmark; 5. Hülsenfrüchte pro Zentner 13,25 Goldmark; 6. Brot je Pfund 0,12 Goldmark; 7. Kartoffeln pro Zentner 1,30 Goldmark; 8. freie Kuhhaltung jährlich 144 Goldmark; 9. freie Sommerweide für eine Kuh 36.00 Goldmark; 10. Milch a) Vollmilch für das Liter 0,13 Goldmark, b) Magermilch für das Liter 0,05 Goldmark; 11. Butter für das Pfund 1,68 Goldmark; 12. Schwein, je Zentner Lebendgewicht 85.00 Goldmark; 13. freie Ziegen- oder Schafhaltung jährlich 24,00 Goldmark; 14. Stroh und Heu, Großhandelspreis ab Station abzüglich 50 v. H.; 15. gepflügtes Kartoffelland: a) gedüngt für den Morgen (25 Ar) 40.00 Goldmark, b) ungedüngt für den Morgen (25 Ar) 25 Goldmark; 16. für eine Pferdegespannstunde 0,80 Goldmark; 17. für eine Ochsengespannstunde 0,60 Goldmark.

Das Union-Theater bringt mit dem Großfilm „Frauenmoral" ein Drama aus dem modernen Gesellschaftsleben, aus der Welt, in der man sich nicht ungestraft tändelnd amüsiert. Wer es nicht versteht, die Freuden der animierten Geselligkeit mit der erforderlichen Zurückhaltung zu genießen, trägt leicht einen Knax davon, der sein ganzes späteres Lebensglück in Frage stellt. In überwiegendem Maße leidet hierunter das weibliche Geschlecht. Gerade das anständige Mädel läßt sich leicht verführen, dem Manne Vertrauen zu schenken. Erst die nähere Bekanntschaft in der Verlobungszeit bringt bittere Enttäuschung und die Entlobung stempelt rücksichtslos selbst das gutherzigste und reinste Mädel zur „Frau der Vergangenheit." Das Urteil der Gesellschaft ist damit abgeschlossen, auch in der Regel jede Aussicht auf Lebensglück. Das dramatische Motiv dieses Films hat daher ein starkes Interesse für jeden und besonders für das weibliche Geschlecht. — Im Beiprogramm läuft „Er als glücklicher Ehemann" mit einer Fülle lustiger Szenen, in denen Harald Lloyd mit seinen urkomischen Einfällen und seiner drastischen grotesken Spielart stürmische Heiterkeit hervorruft. — Außerdem findet noch auf der Bühne das Auftreten des Meistertanzpaares: „Ria und Rolf", (Frl. Margit Rogahn, Vortänzerin vom Weimarer Staatstheater und Herr Rolf Rex, ehemaliger Balettmeister des Kölner Metropol-Theaters)) statt. — Diese außergewöhnlich hervorragende Zusammenstellung des Programms verspricht einige genußreiche Stunden, so daß es niemand versäumen sollte, sich dieses anzusehen.

Tätigkeit der Polizei zur Wucherbekämpfung im Landkreise Merseburg. Im Landkreise Merseburg sind im Monat Dezember 1923 sieben Fälle den Staatsanwaltschaften zur Anzeige gebracht worden. Auf Grund der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 — RGbl. S 706 — ist in einem Falle der Handel untersagt worden.

Aus der Bankbeamtenbewegung. Der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften beschäftigte sich in seiner kürzlich abgehaltenen Jahreshauptversammlung ausführlich mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein. Die Aussprache endete mit der einstimmigen Feststellung, daß sich der Deutsche Bankbeamten-Verein durch sein Verhalten gegenüber seinen Spitzenorganisationen und den verbündeten Einzelverbänden außerhalb der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung gestellt habe und daß demgemäß seine Mitgliedschaft im Gesamtverbande erledigt sei. Damit ist auch die Mitgliedschaft des Deutschen Bankbeamten-Vereins im Deutschen Gewerkschaftsbunde, dem der oben erwähnte Gesamtverband angehört, erloschen. Der Deutsche Bankbeamten-Verein steht jetzt in keinerlei Zusammenhang mehr mit einer gewerkschaftlichen Großorganisation.

Vereinfachte Erledigung von Rentenanträgen in der Angestellten- und Invalidenversicherung. Es ist oft darüber geklagt worden, daß die Erledigung von Rentenanträgen sich außerordentlich lange verzögert hatte. Eine der Ursachen dafür lag in den seitherigen gesetzlichen Vorschriften, nach denen die Rentenanträge in allen Fällen durch das Versicherungsamt gehen mußten, da sie mit einem Gutachten an die zur Rentenzahlung verpflichtete Versicherungsanstalt abgab. Diese Gutachtertätigkeit hat die Erledigung der Rentenanträge auch in solchen Fällen verzögert, in denen die Versicherungsanstalt ohne weiteres den Rentenanspruch anerkannt haben würde. Dieser entbehrlichen Zwischenschaltung des Versicherungsamts hat, wie noch nicht genügend bekannt sein dürfte, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über Vereinfachungen in der Sozialversicherung vom 30. Oktober 1923 ein Ende bereitet. Die Klarstellung des Sachverhalts ist durch diese Verordnung der Versicherungsanstalt selbst übertragen worden, und es kann auf Grund dieser Verordnung nunmehr auch jeder Antrag auf Leistungen der Angestellten- oder der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung unmittelbar an die Versicherungsanstalt gerichtet werden. Im Interesse der möglichst schnellen Erledigung von Rentenanträgen dürfte das allen Versicherten und ihren Hinterbliebenen dringend anzuraten sein.

Die Militäranwärter und der Beamtenabbau. Von der Bundesleitung des Stahlhelm wird mitgeteilt: Auf die Forderung des Stahlhelms, daß beim Beamtenabbau die ehemaligen Frontsoldaten, die am meisten für den Staat geblutet haben, als letzte entlassen werden sollten, hat der Chef der Heeresleitung an die Bundesleitung des Stahlhelms folgende Antwort erteilt: „Ich habe mich bereits nachdrücklich für die dortige voll berechtigte Forderung eingesetzt und von der Reichsregierung die Zusicherung erhalten, daß Versorgungsanwärter von den Beschäftigungsbehörden zuletzt entlassen werden sollen, soweit nicht zwingende dienstliche Rücksichten entgegenstehen. Sollte hiergegen verstoßen werden, so hätten die betreffenden Versorgungsämter gegen ihre Entlassung sofort Einspruch zu erheben."

Auch Belohnung in Goldmark. Belohnungen für die Ermittelung und Anzeige der Täter bei vorsätzlicher Gefährdung von Eisenbahnzügen und verbrecherischen Anschlägen gegen die Bahnanlagen oder gegen Reisende und Beamte können jetzt die Reichsbahndirektionen bis zu 1000 Goldmark selbständig aussetzen. Es soll in der Regel nicht unter 200 Mark gewährt werden. Außerdem können die Direktionen außerordentliche Belohnungen bis zur Höhe dieser Sätze bewilligen, wenn die Urheber der Verbrechen vor Aussetzung einer Belohnung ermittelt worden sind oder wenn durch außergewöhnliche Umsicht oder entschlossenes Handeln die Gefährdung von Eisenbahnzügen oder verbrecherische Anschläge rechtzeitig abgewendet oder wesentlich herabgemindert worden sind.

Fortfall der Vorschußzahlungen auf die Erwerbslosenunterstützungen. Nachdem durch Einführung der Rentenmark und Senkung der Lebensmittelpreise der Geldentwertung Einhalt getan worden ist, fallen die Voraussetzungen für die wöchentlichen Vorschußzahlungen auf die Erwerbslosenunterstützungen fort. Unter Aufhebung seines früheren Erlasses ordnet daher der Wohlfahrtsminister in einem neuen Erlasse an, daß die Erwerbslosenunterstützungen, wie früher, nur einmal wöchentlich gezahlt werden. Die Zahlungen sind auf das Wochenende zu verlegen, am besten auf Sonnabend.

Keine verbotenen Waren ins besetzte Gebiet. Einige Paketversender haben die Warnung vor Versendung verbotener Waren in Postpaketen im Verkehr zwischen dem unbesetzten und besetzten Gebiete unbeachtet gelassen. Dadurch sind Unzuträglichkeiten im Verkehr mit den Zollstellen und beträchtliche Verzögerungen in der Beförderung der Sendungen entstanden. Außerdem haben die Zollstellen angedroht, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240107-12/fragment/page=0002

sie künftig alle Pakete mit verbotenen Gegenständen beschlagnahmen und sofort versteigern werden, ohne daß die Absender irgendeine Entschädigung erhalten. Es besteht auch die Gefahr, daß der Paketverkehr wieder gänzlich gesperrt wird. Die Aufrechterhaltung des mit großer Mühe in Gang gebrachten Paketverkehrs ist nur möglich, wenn die Versendungsbedingungen, über die die Postanstalten Auskunft erteilen, peinlich beachtet werden.

Keine Seife mehr. Zur Sparsamkeit bei der Post wird die allgemeine Lieferung von Seife an das Personal eingestellt. Sie darf zum Dienstgebrauch nur noch beschafft werden, wo zwingende dienstliche und gesundheitliche Gründe, wie schmutzige Arbeiten, Berührung mit ansteckenden, giftigen oder gesundheitsschädlichen Gegenständen, Untersuchungen usw., dies unbedingt nötig machen. Das Bedürfnis ist in jedem Falle besonders zu prüfen und von der Oberpost-Direktion besonders zu genehmigen. Dabei soll der strengste Maßstab angelegt werden. Der Gebrauch von Seife und Soda zum Reinigen von Oelfarbenanstrichen, polierten, lackierten, lasierten Möbeln, Linoleum oder dergleichen ist untersagt. Die Beschaffung von Putzmitteln für Messing usw. unterbleibt. Ferner dürfen die Beamten höchstens 25 Stahlfedern, 3 Bleistifte, 1 Federhalter, je 1 Tinten-, Rot- und Blaustift erhalten.

Der Rückgang der Bautätigkeit. Die Bautätigkeit ist in den deutschen Großstädten in diesem Jahre erheblich zurückgegangen, an Wohngebäuden in 41 berichtenden Städten im dritten Vierteljahr um 43 Prozent auf 1630, an Wohnungen um 24 Prozent auf 5961. Auch gegen das zweite Vierteljahr haben die neuen Wohnungen weiter um 892 oder 13 Prozent abgenommen. Fertiggestellt wurden im Juli bis September in Aachen 225 Wohnungen, Altona 27, Augsburg 191, Barmen 299, Berlin 719, Bochum 228, Braunschweig 1, Bremen 169, Breslau 277, Chemnitz 83, Dortmund 123, Dresden 143, Düsseldorf 73, Elberfeld 58, Erfurt 27, Essen 142, Frankfurt a. M. 303, Gelsenkirchen 206, Halle 150, Hamborn 51, Hamburg 343, Hannover 58, Karlsruhe 227, Kassel 90, Kiel 29, Köln 62, Königsberg i. Pr. 155, Krefeld 159, Leipzig 219, Lübeck 24, Magdeburg 39, Mainz 92, Mannheim 256, Mülheim (Ruhr) 85, München-Gladbach 15, Münster 26, Nürnberg 102, Plauen 28, Stettin 79, Stuttgart 101.

Luftpost im Januar. Luftposten gehen im Januar aus Deutschland nur von Köln nach London jeden Werktag 10 Uhr nachm., an London 2,30 Uhr nachm. Befördert werden gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen nach England und den überseeischen Ländern. Der Flugzeugzuschlag beträgt für Postkarten 10 Pfg., sonst für je 20 Gramm 20 Pfg. Von München geht ferner am 10. und 24. Januar 9,35 Uhr vorm. eine Post nach Kairo, für die Flugpost von dort am 19. und 2. Februar nach Bagdad zur Beförderung nach Mesopotamien und Persien. Postkarten und je 20 Gramm anderer Briefsendungen kosten 30 Pfg. Zuschlag. Die Sendungen müssen die Bezeichnung „par avion Cairo-Bagdad" tragen.

Klarere und einfachere Abfassung von Gesetzen und Verordnungen. Man klagt vielfach über die Form, in welcher unsere Gesetze und Verordnungen neuerdings abgefaßt werden. Die fortwährenden Hinweise auf einzelne Paragraphen und Teile von solchen machen die Bestimmungen unverständlich und nötigen zu umständlichen, zeitraubenden Feststellungen über den Sinn der neuen Vorschriften. Der Deutsche Handelstag hat diese Klage bei den verschiedenen Reichsministerien zum Ausdruck gebracht und mit Recht darauf hingewiesen, daß eine bessere Verständlichkeit der Vorschriften auch eine stärkere Beachtung zur Folge haben würde. Läßt man die Dinge weitergehen wie bisher, so wird die Neigung mancher Kreise, sich um gesetzliche und behördliche Anordnungen überhaupt nicht mehr zu kümmern, von Tag zu Tag größer werden, und es werde dadurch die Aufrechterhaltung der Staatsautorität und die Achtung vor Gesetz und Recht beeinträchtigt. — Hoffentlich hilft diese Vorstellung

Aus Provinz und Reich

Halle, 6. Januar. (Landwirtschaftliche Woche in Halle.) Die landwirtschaftliche Woche nimmt ihren Anfang am Montag, den 21. Jan. vorm. 11 Uhr mit der Hauptversammlung des landwirtschaftlichen Hauptvereins für die Provinz Sachsen, in welcher nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten Herrn Rittergutspächter Schiele-Schollehne M. d. R. über die weltlandwirtschaftliche Lage und ihre Rückwirkung auf die deutsche Landwirtschaft sprechen wird. Nachm. 5 Uhr findet die Jahresversammlung des Provinzialvereins Sachsen, des Reichsbundes akademisch gebildeter Landwirte statt. Am folgenden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag finden eine Reihe Vorträge für praktische Landwirte statt, die von namhaften Personen, wie Prof. Dr. Schmidt-Göttingen, Prof. Dr. Neubauer-Bonn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hansen-Berlin, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Aereboe-Berlin, Prof. Dr. Martin-Halle, Rittergutsbesitzer Frhr. v. Richthofen-Boguslawitz und Inspektor Lüders-Rüde gehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 12. Jan. zu bewirken. Am 23. Jan. nachm. 3 Uhr findet die Grünlandtagung des Grünlandvereins Mitteldeutschlands statt. Sämtliche Veranstaltungen finden im Landwirtschaftskammergebäude statt.

Halle, 6. Januar. (Großfeuer.) In der Nacht zum Sonnabend vernichtete ein gewaltiger Brand ein ca. 20 Meter hohes massives Gebäude der Cröllwitzer Papierfabrik mit großen Vorräten an Betriebsmitteln. Trotzdem die Feuerwehr mit sämtlichen Fahrzeugen, sogar mit den dienstfreien Beamten sowie ein Hilfskommando der Schutzpolizei eingriff, war es nicht möglich, etwas von den gewaltigen Vorräten, u. a. 35 000 Ztr. Stroh, zu retten. Die Feuerwehr, die ca. 20 Stunden in voller Stärke tätig war, mußte sich lediglich darauf beschränken, die Nachbargebäude zu schützen. Die Feuerwehrbeamten schwebten stets in Lebensgefahr, da die Mauern drohten einzustürzen und auch später eingestürzt sind. An ein endgültiges Ablöschen des Feuers ist vor zwei Tagen kaum zu denken. Der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, ist sehr groß. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

Leipzig, 6. Januar. (Wieder ein Unfall durch grelle Scheinwerferlampen.) Am 29. v. Mts. abends 5,30 Uhr, ist auf der Gohlisser Straße in der Nähe der Springerstraße ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen von hinten angefahren worden in dem Augenblick, als beiden ein mit übermäßig grellleuchtenden Scheinwerfern ausgerüsteter Kraftwagen entgegengefahren kam. Der Führer jenes Kraftwagens war durch das grelle Licht dermaßen geblendet worden, daß er den Radfahrer gar nicht bemerkt hatte. Der Radfahrer kann von Glück sagen, daß ihm nur sein Rad demoliert wurde, er selbst aber mit heiler Haut davon kam. — Es wird bei dieser Gelegenheit wieder darauf hingewiesen, daß die Benutzung übermäßig stark wirkender Scheinwerfer in geschlossenen Ortsteilen verboten ist. Sehr schwere Unfälle sind schon durch Nichtbeachtung dieser Bestimmung hervorgerufen worden.

Letzte Depeschen

Der Dollar 4200000000000.

Berlin, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.)) Amtlich notierte der Dollar 4 189 500 000—4 210 500 000 bei 15 Prozent Zuteilung.

London 18 254 250—18 345 750.
Paris 217 455—218 545 000 000.
Schweiz 751 118—754 882 000 000
Amsterdam 1 625 925—1 634 975 000 000.
Stockholm 1 137 150—1 142 850 000 000.
Kopenhagen 758 100—761 900 000 000.
Prag 128 178—128 822 000 000.
Wien 61 845—62 155 000 000.
Rom 189 525—1990 475 000 000.

Um den Zehnstundentag.

Köln, 7. Januar. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus Düsseldorf sind im dortigen Wirtschaftsbezirk 30 000 Metallarbeiter ausgesperrt. In einer von kommunistischer Seite einberufenen Versammlung von Betriebsräten des Niederrheins in Rheinhausen wurde von heute ab der Generalstreik in verschärfter Form, sowie die Einsetzung einer Streikleitung beschlossen. Die Bewegung ist vorläufig auf den Düsseldorfer Bezirk beschränkt. Die Arbeitgeber der Eisen- und Stahlindustrie erklären, daß sie am 10 Stundentag unter allen Umständen festhalten.

Die kommende Arbeiterregierung.

London, 7. Januar. „Times" zufolge besteht Grund zu der Annahme, daß Lord Parmour der Arbeiterpartei genehm sein würde, wenn er bereit wäre, in der neuen Regierung das Lordkanzleramt zu übernehmen. In diesem Fall könne Lord Halana Präsident des Erziehungsamtes werden, Clynes würde wahrscheinlich Führer des Unterhauses werden, auch Hundson würde sicher einen Kabinettsposten übernehmen. Als Kronanwalt bezw. Solicitor General würden Pantrick Hastings und Slesser genannt

Leipzig, 6. Januar. (Bandenüberfall auf Polizeibeamte.) Am Sonntagabend gegen 7 Uhr wurden in der Nähe des Schützenhofes zwei auf ihrem Dienstgang befindliche Polizeibeamte von einer bewaffneten Bande von acht Mann plötzlich überfallen. Die Beamten mußten sofort die Hände hoch halten, dann nahmen ihnen die Banditen die Revolver, Koppel und Schlagringe ab. Während der Entwaffnung wurde den Polizisten der Revolver an die Schläfe gesetzt, so daß jeder Widerstand unmöglich war. Die Bande drängte dann die wehrlosen Beamten in den Wald und entkam dadurch unerkannt. Auf ihre Ergreifung wird eine hohe Belohnung ausgesetzt worden.

Kletz, 6. Januar. (Gasexplosion.) Der Schmiedemeister Pfund erlitt bei einer Gasexplosion so schwere Verletzungen, daß ihm der rechte Arm abgenommen wurde. Sein Gehilfe, der 23jährige O. Massow aus Wulkau, ist kurz nach dem Unfall gestorben.

Bernburg, 6. Januar. (Frecher Ueberfall.) Auf der Chaussee nach Ratmannsdorf, in der Nähe des benachbarten Ortes Hohenerxleben, wurde ein Geschirrführer des Kammerherrn v. Krosigk von vier jungen Leuten, die aus den Hohenerxlebener Feldern herauskamen überfallen. Der Geschirrführer hatte während seiner kleinen Treibjagd auf den Krosigkschen Jagdgeländen auf seinen Wildwagen einige Hasen vom ersten Treiben aufgeladen und wartete nun auf weiteres Weisungen nach dem zweiten Treiben. Die vier Burschen bedrohten den Geschirrführer mit Totschlag und nahmen ihm unter Anwendung von Gewalt das Wild ab. Er hatte aber einen der Burschen erkannt, und der Oberlandjäger aus Neundorf, der zur Jagdkontrolle in der Nähe war, konnte das gestohlene Gut bald nachher in Leopoldshall beschlagnahmen. Die Festnahme der Täter wird nicht lange auf sich warten lassen.

Greppin, 6. Januar. (Einbrecher) holten in einer der letzten Dezembernächte einem Kleinbesitzer auf der Franzstraße eine größere Ziege und ihr Stück ausgewachsene Gänse aus dem verschlossenen Viehstalle. Die Tiere wurden von den Tätern im Gehöfte abgeschlachtet. Es fehlt von denselben jede Spur.

Salzfurth (Kr. Bitterfeld), 6. Januar. (Totschlag.) In den Verdacht, gegen Ende November auf freier Landstraße den verheirateten Industriearbeiter Hermann Schmidt von hier durch einen Schuß tödlich verwundet zu haben, um ihn seines Fahrrades zu berauben, ist der polnische, in Jeßnitz (Anhalt) wohnhafte Fabrikarbeiter Kozinski gekommen. Derselbe ist soeben verhaftet und nach Halle in das Untersuchungsgefängnis des Landgerichts übergeführt worden.

Alt-Jeßnitz (Kr. Bitterfeld), 6. Januar. (Jagdfrevel.) Gegen Ende Dezember wurden von dem hiesigen Gutsförster unweit der preußisch-anhaltischen Landesgrenze zwei unbekannte Männer beim unberechtigten Jagen betroffen. Da die Betreffenden auf Anruf nicht standen gab der Förster einen Schuß auf sie ab. Die beiden Wilddiebe müssen von der Schrotladung getroffen worden sein, könnten aber entfliehen. Man glaubt die Jagdfrevler in den Personen der jungen Brüder Unger aus dem anhaltischen Dorfe Retzau, welche bereits wegen Jagdvergehens vorbestraft sind, erkannt zu haben.

Jeßnitz, 6. Januar. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht zum Donnerstag wurde der Ziegeleibesitzer und Landwirt Müller hierselbst mittels Einbruches fast das ganze Eingeschlachtete eines größeren Schweines aus der Vorratskammer weggeschleppt. Anscheinend dieselbe Diebe haben vom Gelände der Eisenbahnhaltestelle eine große Leiter und eine eiserne Hundekette weggenommen. Diese Sachen gehörten dem Bahnhofsgastwirt Schönherr. Eine Spur der Täter konnte nicht entdeckt werden.

Eilenburg, 6. Januar. (Zwei schwere Jungen festgenommen.) Der aus dem Strafgefängnis Fort Zinna bei Torgau entsprungene Arbeiter Otto Wolf wurde in Eilenburg festgenommen. Um sich der Verhaftung zu entziehen, sprang er aus seiner im ersten Stockwerke des Hauses Dübener Straße 74 gelegenen Wohnung, wurde aber von den unterstehenden Beamten ergriffen. Weiter wurde der seit längerer Zeit steckbrieflich gesuchte Arbeiter Paul Jahn in seiner Wohnung, Nikolaiplatz 10, der sich in einem Reisekorbe versteckt hatte, festgenommen.

Magdeburg, 6. Januar. (Landbundtagung in Magdeburg.) Als Hauptredner für die große Landbundtagung des Landbundes Provinz Sachsen am 5. Februar in Magdeburg im Zirkusgebäude ist Professor Hornesser-Heidelberg gewonnen worden. Am Abend findet eine Festaufführung im Magdeburger Stadttheaters statt.

Altenburg, 6. Januar. (Wieder eine Schädigung Altenburgs!) Nachdem unsere Stadt durch den Zusammenschluß der thüringischen Staaten schon eine ganze Reihe von Behörden und Anstalten eingebüßt hat, soll auch noch der Abbau des Theaters erfolgen. Da die Mitglieder der Theaterkapelle Beamte sind, sollen Oper und Operette bestehen bleiben, dagegen das Schauspiel in Wegfall kommen. Dafür soll das Weimarer Schauspiel in Altenburg einen viermonatigen Spielplan erledigen. Der Theaterabbau hat auch die Entlassung zahlreicher Künstler und Angestellten zur Folge.

Berlin, 6. Januar. (Großfeuer in einer Manometerfabrik. Am Sonnabend mittag brach in den Räumen einer Manometerfabrik in der alten Jakobstraße in Berlin Großfeuer aus, das sich mit großer Geschwindigkeit ausdehnte. Das Feuer war entstanden durch die Unvorsichtigkeit eines Lehrlings, der mit einer Lötzange einem Stapel Packwaren zu nahe gekommen war. Es entwickelte sich sehr schnell ein so gewaltiger Qualm, daß zahlreiche Angestellte ihre Arbeitsräume nicht mehr verlassen konnten. 4 Frauen und 6 Männer wurden in ohnmächtigem Zustande von der Feuerwehr gerettet. Auch einige Feuerwehrleute wurden bei den Rettungs- und Löscharbeiten verletzt. Der angerichtete Schaden ist außerordentlich groß.

Paris, 6. Januar. (Ueberreste der „Dixmuiden.") Das Marineministerium veröffentlicht folgende Note: Der Kommandant des Kreuzers „Mülhausen" meldet, daß man zwischen dem Leuchtturm und dem Kap St. Marco einen Behälter aus Aluminium von 200 Liter Fassungsvermögen aufgefunden hat, der Abzeichen in schwarzer Farbe trägt. Der obere Teil des Behälters ist vom Feuer geschwärzt. Es handelt sich ohne Zweifel um einen Ueberrest der „Dixmuiden". Außerdem sind in der Nähe des Leuchtturmes noch einige Hüllenreste aus Gummi aufgefunden worden.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin, 5. Januar. Wieder zeigt der Devisenkurszettel keine namhaften Veränderungen. Die Kaufordern haben wieder etwas zugenommen, das Angebot sich verringert. Die Markbewegung im Auslande ist nicht ganz einheitlich, und die Kölner Devisennotierungen liegen über den hiesigen. In der Zuteilung änderte sich nichts. Nur die Notenzuteilung mußte für die westlichen Werte stark zurückgesetzt werden. Dollarschätze wiederum sehr stark gefragt und daher nur mit 2 Prozent zugeteilt. Goldanleihe dagegen stark angeboten, die Notierungen blieben auch heute die gleichen. Polennoten 458—482 000, Oesterreicher 60 349—60 651 000.

Effektenmarkt.

Berlin, 5. Januar. Der heutige Freiverkehr war außerordentlich still, die Tendenz behauptet und teilweise sogar etwas fester. Namentlich Petroleumwerte gefragt, auch Heldburg, Paketfahrt und Norddeutsche Lloyd fester. Tägliches Geld mit $^1/_8$—$^1/_4$ Prozent reichlich angeboten.

Hallische Notierungen am 5. Januar:

(In Milliarden Prozent.))

Hallescher Bankverein 2500bB, Hallische Pfännerschaft A.-G. 37 000bB, Prehlitzer A.-G. 60 000bG, Riebeck-Montanwerke A.-G. 81 000bG, Werschen-Weißenfels 75 000G, Ammendorfer Papier 10 000bB, Cröllwitzer Papier 20 000bB, Cönnerner Malzfabrik 30 000bG, Eilenburger Kattun 30 000bG, Eisenwerk Brünner 3300bB, F. Zimmermann u. Co. 2000bB, do. V.-A. 2100bB, Hallesche Maschinen 22 000bG, Halleische Röhrenwerke 2250b, Heckert 1600bB, Hildebrandsche Mühlen 12 000bG, Moritz Jahr 2200bB, Gebr. Jentzsch 27 000G, Wilhelm Kathe Aktien, 4000b, Kyffhäuserhütte 1—8500 3800bG, Gottfried Lindner 12 500bG, Schrapplauer Kalkwerke 3000b, Wegelin u. Hübner 7900bG, Zeitzer Maschinen 55 000G, Zuckerraffinerie Halle 25 000G, Halle-Hettstedter Eisenbahnaktien 25 000b, Bruchdorf-Nietlebener Bergbau 35000G.

Im Freiverkehr gingen um: Bernburger Saalmühlen 3500, Cäsar u. Loretz 6250—5750, Czernowanzer Glasfabrik 4—3500, Halle Malz 6G, Hanfimport 2500.

Produktenmarkt.

Berlin, 5. Januar. Stilles Geschäft bei meist etwas schwächeren Preisen. (Nichtamtlich, Preise je Zentner ab Station.) Drahtgepr. Weizen- und Roggenstroh 0,60—0,80, drahtgepr. Haferstroh 0,50—0,70, bindfadengepr. Weizen- und Roggenstroh 0,40—0,50, Häcksel 1,20—1,40, handelsübliches Heu 1,10—1,20, gutes Heu 1,30—1,50.

Mittagsbörse. Amtlich wurden notiert: Getreide und Oelsaaten pro 1000 Kg., sonst pro 100 Kg. (in Goldmark): Weizen, märk. 170—173, pomm. 166—169, Roggen, märk. 146—150, pomm. 144—147, westpr. 144—146, Sommergerste 169—174, Hafer, märk. 126—132, pomm. 120—123, westpr. 120—123, Mais, waggonfrei Hamburg 173—175, Weizenmehl pro 100 Kg. frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 26—29,25, Roggenmehl 25—27,25. Weizenkleie frei Berlin 8,50, Roggenkleie 8,10, Raps 285—295, Leinsaat 450—460, Viktoriaerbsen 22—26, kleine Speiseerbsen 22—26, Futtererbsen 17—18, Peluschken 14—15, Ackerbohnen 12,60—14, Wicken 15—16, Lupinen, blaue 14—16, gelbe 15—17, Seradella 16—18, Rapskuchen 12,60, Trockenschnitzel 8,20—8,40, Zuckerschnitzel 10—11, Torfmellasse 30/70 8,20—8,60, Kartoffelflocken 17—17,50.

Leipzig, 5. Januar. Weizen, inländischer 178—185, Roggen, inländischer 162—170, Gerste, Sommergerste, inländische 180—190, Wintergerste 170—180, Hafer, inländischer 135—145, Mais 210—220, Raps 240—260. — Preise für 1000 Kg. in Goldmark (4,20 Goldmark = 1 Dollar der Goldanleihe) für Ware, prompt, Parität frachtfrei Leipzig.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 5. Januar.

Auftrieb: 1080 Rinder, 283 Bullen, 240 Ochsen, 458 Kühe und Färsen, 1200 Kälber, 2165 Schafe, 4021 Schweine, 12 Ziegen, 473 Memelschweine. Preise: Ochsen: a) 48—50, b) 44—46, c) 35—40, d) 25—30, Bullen: a) 48—50, b) 42—46, c) 38—40. Kühe und Färsen: a) 42—50, b) 42—50, c) 35—38, d) 28—33, e) 23—25. Fresser 35 bis 40. Kälber: a) —, b) 95—100, c) 80—90, b) 60—70, e) 40—50. Schafe: a) 45—50, b) 35—42, c) 23—30. Weidemastschafe: a)) 50—53, b) —. Schweine: a) —, b) 78—80, c)) 75—78, b) 73—75, e) 68—72, f) bis 65, Sauen 65—73. Ziegen: 25—35.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teile K. Hennemeyer — Sport: A. Rank — Anzeigen A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240107-12/fragment/page=0003

Durch Kampf zum Steg.

Roman von Erich Ebenstein.

[9] Nachdruck verboten.

Er schweigt. Und auch Martina sitzt da stumm und wie erstarrt. Das Wasser — das Wasser, das Heidrichs Mühle treibt, das auch ihre Wiesen und Aecker fruchtbar macht, — das kann er ihnen nehmen? —

„Das werdet Ihr doch wohl nit tun —" stammelt sie endlich mit schwerer Zunge, ihre graugrünen Augen groß und erschreckt auf ihn richtend, der aufgeblasen im Bewußtsein seiner Macht lächelnd neben ihr sitzt und sie mißtrauisch forschend betrachtet. Er antwortet nicht gleich, denn Leni, die dralle Kellnerin des Bachwirtshauses, kommt soeben und stellt mit kurzem Gruß eine Flasche Bier und Gläser vor sie hin.

Als sie sich wieder entfernt hat, blickt der Verwalter seltsam lauernd auf Martina.

„Bachwirtin — Euch ist um das Wasser bang, das Eures Nachbars Mühle treibt —" sagt er langsam, „und ob ich's tue oder nicht, das wird auf Euch allein ankommen!"

Martina zuckt erschrocken zusammen. Es ist das erstemal, daß ihr jemand die Gedanken vom Gesicht abliest. Das erstemal, daß sie vergessen hat, dieselben klug zu verbergen. Gleich darauf liegt ein harmlos lächelnder Ausdruck über ihren Zügen.

„Du mein — was bildet Ihr Euch ein! Wer denkt an seinen Nachbar, wenns ihm selber ans Leben geht? Was kümmert mich dem Heidrich seine Mühle? An meine Felder und Wiesen hab ich gedacht, die Ihr mir wertlos machen wollt!"

Kaltenhauser nimmt plötzlich ihre Hand und bringt sein kupfriges Gesicht ganz nahe an das ihre, damit er im Zwielicht dessen Ausdruck besser beobachten konn. Dabei flüstert er verliebt:

„Martina — du brauchst jetzt keine Wiesen und Felder mehr. Die verkaufen wir dem Baron für schweres Geld. Und jetzt wo ich nicht mehr Verwalter von heut auf morgen, sondern ein gemachter Mann bin, heut frage ich dich: willst du Frau Inspektor werden? Denn darum bin ich heute gekommen!"

Eine Weile bleibt es so still ringsum, daß man nur das Rauschen des Baches und das leise Wehen des Nachtwindes hört, der sich aufgemacht hat und durch die Eichen fährt.

Martina hat die Augen geschlossen wie überwältigt von dem glänzenden Antrag, den sie trotz all seiner Verliebtheit bisher kaum erwarten durfte.

In Wahrheit sucht sie verzweifelt nach einem Ausweg, der ihr ermöglichen würde, ihn hinzuhalten.

Sie ist ehrgeizig. Und von der einfachen Bachwirtin, die um die Gunst jedes Kleinbauern buhlen muß, um leben zu können, zur Frau Inspektor ist ein gewaltiger Sprung.

Aber sie ist auch Weib. Ein heiß und leidenschaftlich empfindendes Weib, dessen Sinn nur auf einen Mann auf Erden gerichtet ist. —

Wenn sie wüßte, was sie von dem zu hoffen hat? Den Weg zur Regina hat sie ihm verlegt. Sie weiß: der Teichwirt wird nicht nachgeben, denn ihm liegt der Reichtum des Beitelbauers im Sinn. Die Regina ist sanft und wird sich fügen — und Gabriel ist keiner, der mit Gewalt etwas erzwingen möchte.

„Er wird leiden und sich auch fügen", denkt Martina: „zuletzt wird er sie vergessen — und dann vielleicht nicht mehr blind und taub sein gegen eine, die ihn mehr liebt als alles andere auf der Welt. Freilich kanns auch anders kommen. Aber dann — wäre dann der Trost eines andern nicht der beste Trost?

Plötzlich erschauert sie, von einem andern Gedanken erfaßt Wäre sie nicht noch mehr als Trost? Wäre sie nicht Schutz — Rettung? Zeigte ihr nicht das Schicksal selbst hier einen Weg, auf dem sie einem Gefühl entfliehen könnte, das ihre Tage ruhelos, ihre Nächte schlaflos macht?"

„Martina", drängt er ungeduldig. „Mußt du dich so lang besinnen, ehe du zugreifst, wenn ich dir alles antrage, was dein Glück sein kann?"

„Da legt sie den Kopf an seine Brust und flüstert: „Gar nit zu besinnen brauch ich mich, aber eins mußt mir jetzt heilig versprechen, Daniel —"

„Alles, was du willst", antwortet er stürmisch, den Arm um ihre Gestalt schlingend. „Weißt nicht, daß ich ein Narr bin aus Liebe zu dir? Was verlangst du, Martina?"

Und sie murmelt leise und stockend: „Daß kein Mensch etwas von unserem Verlöbnis erfährt, solange ich noch Bachwirtin bin in Friedleiten. Denn die Wirtschaft hier muß ich doch los sein, bevor ich deine Frau werde."

Er stutzt und sieht sie mißtrauisch an.

„Martina!!?"

Lebhafter fährt sie fort: „Schau — du mußt es doch einsehen! Die Gemmeinde will Prozeß führen gegen Herrn von Hahn und vielleicht auch gegen den Baron. — Du wirst ihr Feind sein, und für mich wäre kein Bleiben mehr hier als deine Braut —"

Kaltenhauser nimmt ihren Kopf zwischen seine beiden Hände und sieht ihr forschend in die dunkel flimmernden Augen.

„Einen andern Grund hast du nicht?"

„Nein — Daniel."

„Und lieb hast mich?"

Einen Augenblick zögert sie, dann sagt sie lächelnd: „Ja. Wollt ich denn sonst deine Frau werden?"

Er atmet auf, dann streicht er nachdenklich seinen rotbraunen Schnurrbart.

„Aber nachher werde ich die ganze Zeit über kein vertrauliches Wort mit dir reden können, Martina! Hast auch das bedacht?"

„Bist du denn nicht auch jetzt gekommen?"

„Als Gast — wie jeder andere, ja! Aber von heut an sind wir Brautleute. Soll ich hinter jedem Bauern zurückstehen, dems gerade in den Sinn kommt, seinen Wein im Bachwirtshaus zu trinken?"

(Fortsetzung folgt.

Handelskammerwahlen.

Im 2. Wahlbezirk der Handelskammer zu Halle (Kreise Merseburg, Weißenfels und Zeitz) ist mit Ende des Jahres 1923 aus der Wahlgruppe **Bergbau, Industrie, Großhandel** die Wahlzeit der Herren

Fabrikbesitzer Robert Dietrich, Merseburg,
Generaldirektor Dr. Oster, Leuna,
Bankier Ernst Tillmanns, Zeitz,

abgelaufen.

Als Wahlkommissar für die Unterwahlbezirke Merseburg und Weißenfels habe ich Termin zu einer Ergänzungswahl auf

Freitag, den 25. Januar 1924, vormittags 10—12 Uhr, im Sitzungszimmer des Landratsamts in Merseburg

angesetzt.

Die Wählerlisten liegen vom **Dienstag, den 8. Januar d. Js.** an im **Rathaus zu Merseburg**, Zimmer 1, aus.

Einwendungen gegen die Listen können bis zum Tage der Wahl bei der Handelskammer Halle angebracht werden.

Merseburg, den 7. Januar 1924.

Der Wahlkommissar:
Otto Dobkowitz.

Zigaretten u. Rauchtabak für Händler und Gastwirte!

Golmst. reiner goldgelber Tabak per 1000 Stück Mk. 20.—. Rauchtabak Goldgelb, Packungen zu 100, 250 und 500 g per kg Mk. 6.—, liefert prompt per Nachnahme Zigarettengroßhandlung

D. Glaser, Leipzig,
Neumarkt 12. Telef. 23049.

Dachsteine

jeder Art und jeden Posten
zum äußersten Tagespreis
liefert prompt und billig
Lützener Bauhandel
Paul Hündorf
Lützen, Friedrichstraße 15. — Telephon 86.
Direkter Verkauf an Private.

Für unsere Setzerei und Druckerei suchen wir auf sofort oder Ostern

2 Lehrlinge

gegen sofortige Entlohnung. Brave junge Leute mit guten Schulzeugnissen wollen sich in unserem Büro melden.

Merseburger Tageblatt.
(Kreisblatt).

Buchführungs-Arbeiten

Einrichtung, Weiterführung und Ueberwachung Jahresabschlüsse und Ausstellung von
Goldmarkbilanzen.
— — Steuerberatungen. — —
C. E. Sennewald, Telefon 724.

Kammer-Lichtspiele

Programm v. Dienstag b. Donnerstag

Die weisse Wüste!

Ein Film aus Nacht und Eis
in 6 Abteilungen mit Cläry Lotto und Carl v. Vogt.

Das Universal-Genie!

Tolles Lustspiel in 2 Akten mit Hansi Dege u. Gerhard Dammann.

Heute letzter Tag:
Das Paradies im Schnee

Union-Theater

Dienstag — Donnerstag:
Täglich 5¼ und 8 Uhr.

Frauenmoral

Von der Zensur
nach Ueberwindung einiger Schwierigkeiten zur öffentlichen Vorführung
freigegeben.

Geht
ein Mädel,
mag es noch so anständig sein,
mehrfach durch
Verlobung und Entlobung,
dann haftet ihm der Makel einer
Frau mit Vergangenheit
an — und doch sind es nur
Mädchen, die am Manne leiden,
Mädchen, deren Lebensglück durch die Selbstsucht des Mannes vernichtet wird.

In den Hauptrollen:
Helene Makowska,
Willy Kaiser-Heil, Adolf Klein, Anton Pointner, Edith Heuß.

„Er" der urkomische **Harald Lloyd** als glücklicher Ehemann.

Auf der Bühne

Persönliches Auftreten von
Frl. Margit Rogahn
Vortänzerin vom Weimarer Staatstheater,
Herr Rolf Rex
ehem. Ballettmeister des Kölner Metropol-Theaters
in Fa.
Ria und Rolf
Meistertanzpaar,
— mit ihren neuesten Tänzen. —

Drucksachen aller Art

für Behörden, Handel und Industrie wie Formulare, Briefbogen, Rechnungen, Kataloge, Werke, Preislisten usw. sowie alle Familien-Drucksachen liefert schnell und preiswert in einwandfreier Ausführung die Buchdruckerei der —

Merseburger Druck- u. Verlags-Anstalt
L. Baltz
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Kirchliche Nachrichten.

Dom. Getauft: Werner, S. d. Lokom.-Führ. O. Wetzel.

Altenburg: Getauft: Herbert, S. d. Hauswarts Berger; Rolf, S. des Mechanik. Opitz. **Getraut:** D. Buchhalter A. Dietrich m. Fr. Martha, g. Rosenbaum; d Telegraphenarb Paul Raatz mit Frau Martha, geb. Müller. — **Beerdigt:** der Sohn d. Lohgerbers Körner.

Neumarkt Getauft: Heinz, S. d. Boten Ruden; Gerhard, S. d. Arbeiters Weidig; Elfriede, T. des Sattl. Mühlbach; Heinz, ein uneheliches Kind. **Getraut:** der Bauschl Walter Reinhardt m Frau Lydia geb. Apel. **Beerdigt:** Willi, S. d. Heizers Sonntag; Ehrenstiftsdame Anna v. Budwitzia.

Wer ins Ausland will liest die Zeitschrift **„Der Auswanderer".** Probebl. 50 Gldpfg. Voreins. (nur Reichsgeld). Verlag B. v Osten, Leer-Ostfr.

Ueberzähliges, schweres, zugfestes
Ackerpferd
flotter Gänger, sowie ein
mittelschweres Pferd
zu verkaufen.
Halle a. S.,
Magdeburger Str. 46/II.

Eine ältere unabhängige
Frau oder Fräulein
welche perfekt kochen kann und kräftiges, fleißiges **Mädchen** gesucht.
Frau Staben
Neu-Rössen,
Merseburgerstr. 8.

Mineralöle und Fette

für jede Verwendung.

Benzin - Gasöl - Petroleum

ab Lager Halle und Magdeburg
:-: in Ia Qualitäten zu :-:
günstigen Preisen empfiehlt

Kohle, Akt.-Ges., Magdeburg

Eigene Tankanlagen, Kesselwagen, Eisenfässer etc.

Vertreter: Hermann Baum,
Ammendorf (Saalkr.)
Regensburgerstr. 5, Tel. 110.

Gut erhaltenes
Klavier
sof. zu verkaufen Zu erfr. Fil. Gotthardtstr. 38.

Ehepaar ohne Kinder sucht per sofort ein bis zwei einfach möblierte
Zimmer.
Wäsche, Betten und Kohlen werden gestellt Off. unt E. N 306 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Anst. Ehepaar o. K. sucht
1 od. 2 möbl. Zimm
m. Kochgel. Offert. unt. 700/24 an die Filiale Gotthardtstr.

Einf. möbl. Zimmer
von jungem Mann sogleich gesucht. Wäsche vorhand. Offert. unt. Z. B. an die Exped d. Bl. erbeten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240107-12/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 5 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 7. Januar 1924.

Wie steht es mit unserer Währung?

Immer wieder tauchen Zweifel auf, ob die heutige Wertbeständigkeit der Gold- bezw. Rentenmark und der Papiermark Dauer verspricht. Eine authentische ziffernmäßige Feststellung über die umlaufenden Zahlungsmittel ist noch immer nicht veröffentlicht. Die öffentliche Kritik, die sich meist mit der Gefahr einer neuen Inflation beschäftigte, fußte vor allem darauf, daß durch die Lombardierung der Rentenmarkschatzwechsel des Reiches das Interesse an einer Inflation der Rentenmark gesteigert werden kann, und daß die Regierung außerdem den Umlauf an Zahlungsmitteln nicht mehr zu übersehen vermöge. Die Frage der Lombardierung der Schatzwechsel ist in der Tat durch Erklärungen von maßgebender Seite noch nicht geregelt. Doch die Höhe der Umlaufsmittel scheint erheblich überschätzt zu werden. Es handelt sich zunächst bei dem wertbeständigen Notgeld, das von preußischen Provinzen und auch vom sächsischen Staat unter wechselnden Bedingungen ausgegeben werden soll, um kleine Beträge, die für die Höhe der Umlaufsmittel keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Natürlich wird die Regierung aber gerade im sächsischen Falle aufs energischste gegen eine indirekte Vermehrung der Zahlungsmittel und eine dadurch eintretende Schwächung der Basis der Rentenmark oder der Goldanleihe eintreten, und sie wird dazu eingehendste Mitteilungen über die Höhe des Umlaufs der Zahlungsmittel geben müssen.

Die neuesten Berechnungen besagen, daß an Rentenmark von den zunächst zur Verfügung stehenden 2,4 Milliarden nur etwa 1 bis 1,2 Milliarden ausgegeben seien. Dazu komme ein Betrag von 400 Millionen Goldmark für die in Umlauf befindlichen Papiermarkbeträge einschließlich des nichtwertbeständigen Notgeldes im besetzten Gebiet, weiter ein Betrag von 300 Millionen Goldmark in kleinen Stücken der Goldanleihe und ein Betrag von 500 Millionen Goldmark für wertbeständiges Notgeld und Dollarschatzanweisungen. Es würden also etwa insgesamt höchstens 2,4 Milliarden Goldmark umlaufendes Zahlungsmittel vorhanden sein gegenüber 5,6 im Jahre 1914.

Daß diese Summen, die wohlgemerkt auch von amtlicher Stelle nur als Schätzungen bezeichnet werden, nicht zu optimistisch sind, muß die Regierung nur durch detaillierte Angaben zunächst noch beweisen. Wohl aber steht fest, daß die Schätzungen, die etwa 5 Milliarden umlaufende Zahlungsmittel annehmen, schon deshalb falsch sind, weil sie nicht etwa nur mit Aufnahme von 2,4, sondern sogar schon von 3,2 Millionen Rentenmark rechnen, also den noch gar nicht flüssig gemachten und von dem Aufsichtsrat der Rentenmark sehr festgehaltenen Zusatzkredit von 800 Millionen Rentenmark, als verbraucht ansehen.

Die eigentliche Gefahr einer Entwertung der Rentenmark und einer Durchbrechung der Stabilisierung der Papiermark droht vorläufig nicht durch Maßnahmen der Regierung, sondern aber im gewissen Umfange durch ein Bestreben der Spekulation und vor allem Frankreichs, die erreichte innere Festigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wieder zu zerstören. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß gerade die französische Regierung im Zusammenhang mit dem von Deutschland noch gar nicht zu übersehenden Sinken des Frank auf den internationalen Börsenplätzen den Versuch machen wird, auch gegen die Rentenmark anzugehen und die Stabilisierung der Papiermark zu zerstören.

Es sind jetzt nicht nur die psychologischen, sondern auch die taktischen Verhältnisse so gelagert, daß Deutschland, sobald man an den Berliner maßgebenden Stellen die richtigen Maßnahmen trifft, nicht das Objekt solcher Kämpfe auf dem internationalen Valutamarkt zu sein braucht, sondern eher beträchtliche Erfolge erreichen kann. In diesem Zusammenhang ist in Deutschland eine kurz nach Weihnachten erlassene Verordnung der Regierung über die Bestrafung von Personen, die den Versuch einer Zerstörung der deutschen Währung machen, erschienen, wonach diese sehr hoch bestraft werden können. Diese Verordnung richtet sich nicht etwa gegen die Kritik an den Währungsmaßnahmen der deutschen Regierung. Es wäre gut, wenn die maßgebenden Stellen der Agitation für eine neue Inflation nicht dadurch noch Stoff lieferten, daß sie sachliche Kritik an einzelnen Maßnahmen in der Presse gewaltsam zu unterdrücken versuchte. Das in dieser Hinsicht erlassene Verbot der „Welt am Montag" ist bereits wieder aufgehoben.

Gegen den Boykott der deutschen Wissenschaft.

Berlin, 6. Januar. Der **Verband der deutschen Hochschulen** veröffentlicht in der unabhängigen Nationalkorrespondenz eine ausführliche Stellungnahme zu den **Wirkungen des Boykotts der deutschen Wissenschaft durch die wissenschaftliche Gesellschaft,** dem Institut der **Ententeländer,** und kommt dabei zu folgenden Schlußfolgerungen:

Diesen Zuständen gegenüber ist es unbedingt erforderlich, daß die deutschen Hochschulen als die größte Organisation des deutschen Gelehrtenstandes eine **einheitliche Stellung einnehmen,** was leider bisher nicht in dem wünschenswerten Maße der Fall gewesen ist. Es kann als selbstverständlich angesehen werden und zahlreiche Vorkommnisse beweisen es, daß auch in den Ententeländern einzelne Persönlichkeiten diese Verstoßung der deutschen Wissenschaft mißbilligen. Auch an vereinzelten Protesten gegen die Ausschließung der deutschen Gelehrten hat es nicht gefehlt, aber nur sehr wenige haben den Mut, ihre Stimme laut und nachdrücklich gegen die Verhetzung durch irregeführte Fanatiker und unredliche Geschäftsspekulanten zu erheben und diese wenigen sind der allgemeinen Stimmung gegenüber machtlos. Bedauerlich, wie der Zustand im Interesse der Wissenschaft sich äußert, wird er sicherlich **nicht dadurch beseitigt werden, daß von deutscher Seite immer wieder Versöhnungsversuche gemacht** oder Einladungen von zweifelhaften Anstalten mit begeistertem Danke angenommen werden. Es muß dahingestellt bleiben, **ob nicht das Ententeausland die deutsche Wissenschaft nötiger hat als umgekehrt und ob nicht manche Freundschaftsbezeigung hierin ihre wahre Ursache hat.** Jedenfalls kann kein Zweifel darüber sein, daß die wirkende wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit **erst dann und nur dann wieder hergestellt werden kann, wenn der Streit gegen die deutsche Wissenschaft ganz, in aller Form und ohne Hintergedanken aufgegeben wird.**

Bis dahin verlangt es die nationale und persönliche Selbstachtung, daß der Deutsche die kriegführenden Länder und ihre Angehörigen meidet, ihren Einladungen und Freundschaftsversicherungen das Mißtrauen entgegenbringt, das sie erfahrungsgemäß verdienen. Freilich brauchen davon nicht die persönlichen freundschaftlichen Beziehungen berührt zu werden die zwischen einzelnen deutschen und ausländischen Gelehrten bestehen. Nur muß der Einzelne dafür Sorge tragen, daß er dabei nicht in eine Lage gerät, die seiner oder seines Landes unwürdig ist. Vor allem wolle größte Vorsicht geübt werden bei Unterstützungsgesuchen. Anerbieten von Vorträgen und ähnlichem, wenn sie an Angehörige neutraler Länder gerichtet werden. Mitteilungen von dort zeigen, daß derartige Gesuche vielfach als deutsche Zudringlichkeit empfunden werden.

Heraus mit den Dokumenten!

Der Vertrag von Versailles soll, nach dem Willen der Sieger, Deutschland strafen, weil es den Weltkrieg herbeigeführt habe. Lloyd George hat gesagt, daß mit der Schuld Deutschlands am Weltkriege der Vertrag stehe und falle. Frankreich bemüht sich, seinen Nachkrieg mit dem beständigen Hinweis auf die angebliche Schuld Deutschlands am Weltkriege moralisch zu rechtfertigen. Daß Deutschland den Weltkrieg nicht herbeigeführt hat, das haben die Veröffentlichungen der Sowjetregierung mit ihrem namentlich für Frankreich erdrückenden Material bereits aktenmäßig belegt. Doch wie viele lesen jene Veröffentlichungen?

Nun ist Deutschland daran gegangen, seine Archive vollständig der Oeffentlichkeit preiszugeben. Die ersten sechs Bände des Werkes „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914" sind seit einiger Zeit der Oeffentlichkeit übergeben; die Bände 7—12 sind im Erscheinen.

Das deutsche Volk unternimmt damit den wichtigsten Schritt zur Klarstellung der Schuld am Kriege; mit beispiellose Offenheit und ohne jede Rücksicht auf eigene Bloßstellung werden die Originale der Dokumente unverkürzt vor dem Urteil der Menschheit ausgebreitet. Das deutsche Volk erwartet, daß die Menschheit an die Prüfung des Materials herangeht.

Gibt es noch eine Menschheit? Aber sie ist uns doch und der gesamten Welt proklamiert worden in der Anerkennung der 14 Punkte Wilsons durch die amtliche Note der Vereinigten Staaten von Amerika vom 5. November 1918 und in Wilsons ergänzenden Botschaften und Reden dazu. Dort sind die Grundsätze für eine neue Aera der Menschheit von allen Alliierten und assoziierten Mächten festgelegt: für Sieger wie Besiegte ein völkerrechtlich bindendes Dokument. Als erster Grundsatz: das Recht. Das ist es, was das deutsche Volk will, wofür es leidet und arbeitet und streitet: sein Recht! Unser Recht wollen wir. Selbst das Recht, das uns der Vertrag von Versailles gibt oder läßt. (!!) Wenn die Sieger uns diesen unseren Anspruch vorenthalten, so brechen sie ihr feierlich verpfändetes Wort, so untergraben sie die Fundamente des Staates; und mehr noch: die ursprünglichsten und notwendigsten Grundlagen des Zusammenlebens der Menschheit in Gesellschaft und Nation. Danach bleibt nur noch der Untergang der europäischen Zivilisation, und es folgt das Chaos für Besiegte wie für Sieger. Nicht nur um unseretwillen verlangen wir, daß das Werk: „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914" gelesen und geprüft wird. Und wenn die darin enthaltenen Dokumente zu widerlegen oder zu entkräften sind: Heraus mit den Zeugnissen aus den Archiven der sogenannten Siegerstaaten: Sonst: qui tacet, consentire videtur.

Der Kampf um die Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe.

Wie schon berichtet wurde, hat die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes Kündigungen auf Aussperrung verfügen müssen, um die Arbeitnehmer zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über Einführung der 54-stündigen Arbeitszeit zu bewegen. Im Buchdruckgewerbe bestand ein Reichslohntarif, der Ende 1923 gekündigt worden war und zu dessen Erneuerung Mitte Dezember langwierige Verhandlungen stattfanden, deren Ergebnis ein Schiedsspruch eines vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses war, der unter anderem auch die 54stündige Arbeitszeit verfügte. Diesen Schiedsspruch lehnten die Arbeitnehmer ab, während die Arbeitgeber seine Verbindlichkeitserklärung beantragten.

Auffälligerweise ließ die in früheren ähnlichen Fällen sogleich erfolgte Verbindlichkeitserklärung sehr lange auf sich warten und erst am 3. Januar erging der auf Ablehnung lautende schriftliche Bescheid des Reichsarbeitsministeriums. In der nunmehr fundgegebenen Begründung der Verbindlichkeitsablehnung heißt es:

„Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen muß auch für das Druckereigewerbe eine Verlängerung der Arbeitszeit, mindestens die Wiedereinführung der Friedensarbeitszeit als notwendig erkannt werden" und es wird weiterhin ausgeführt, daß die Verbindlichkeitserklärung von der Regelung einiger weiterer Streitpunkte abhängig gemacht wird, über die die Vertragsparteien sich im Verhandlungswege verständigen sollen."

Dementsprechend werden nun voraussichtlich ohne Bezug neue Verhandlungen aufgenommen werden, in denen es zu einer Verständigung über alle strittigen Punkte kommen soll. Für den Fall, daß dies nicht gelingen sollte, hat das Reichsarbeitsministerium seine Bereitwilligkeit erklärt, den Parteien beim Abschlusse des Tarifvertrags behilflich zu sein.

Bedauerlich bleibt die so späte Bekanntgabe der Gründe für die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs vom 19. Dezember. Wären diese Gründe sogleich, oder wenigstens frühzeitig bekanntgegeben worden, so würden tiefgreifende Beunruhigungen bei beiden Parteien vermieden worden sein und auch die Aussperrungsankündigungen wären wohl nicht erfolgt. Angesichts der genugsam bekannten wirtschaftlichen Lage muß von der gesamten Arbeiterschaft erwartet werden, daß sie sich der Notwendigkeit, die Arbeitszeit zu verlängern, fürderhin nicht verschließt. Es ist falsch, zu behaupten, angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sei die Arbeitszeitverlängerung sinnlos. Handel, Industrie und Gewerbe können nur durch Preisabbau neu belebt werden. Preisabbau hängt von Steigerung der Produktion und diese wieder von Mehrleistung ab, die vor allem durch Mehrarbeit erzielt werden muß.

Sobald durch Mehrleistung eine Herabsetzung der Preise, im vorliegenden Falle also der Druckpreise, ermöglicht wird, wird der Bedarf belebt und in weiterer Folge die Einstellung jetzt notgedrungen feiernder Arbeitskräfte angängig. Die Umwandlung unterstützungsbedürftiger Arbeitsloser zu Verdienern und Konsumenten, ist der einzig sichere, wenn auch leider etwas langwierige Weg zur wirtschaftlichen Gesundung. Das Buchdruckgewerbe ist mehr als andere Erwerbskreise deshalb in besonders schwieriger Lage, weil seine Erzeugnisse nicht in dem Maße zu den Lebensnotwendigkeiten gehören wie Nahrung, Kleidung und Wohnung. Das ist um so schlimmer als andererseits das Buchdruckgewerbe in Verbindung mit dem Buch- und Zeitungs- und Zeitschriftenverlage der Träger des geistigen Lebens ist, auf dessen Erhaltung es mehr ankommt als im Kampfe um die materiellen Bedürfnisse leider in Erscheinung tritt.

Das Femgericht im Freikorps Oberland.

Berlin, 5. Januar. Ueber die politische Tätigkeit des Freikorps Oberland, das sich in Oberschlesien durch seine energische Abwehr der polnischen Angriffe Verdienste erworben hat, dringen jetzt Nachrichten in die Oeffentlichkeit, die voraussichtlich noch in mehreren Fällen die zuständigen Gerichte beschäftigen werden. Wie bereits gemeldet, ist ein früheres Mitglied des Freikorps Oberland, ein gewisser Baer, der Sohn eines Berliner Kaufmanns, beschuldigt, zusammen mit einem Leutnant Maiwald im Walde bei Ziegenhals in Schlesien dem Feldwebel Samson auf Befehl des Femgerichtes ermordet zu haben. Wie alle anderen Offiziere, wurde Baer in den Listen des Freikorps unter falschem Namen geführt. Seine Ausweise lauteten auf den Namen Bergert. Sein Kompagnieführer nannte sich Hauptmann Kessel, ist aber in Wirklichkeit der später in Hamburg und in München hervorgetretene Hauptmann Kiefer. Weiter war im Freikorps der Privatdozent Dr. Ruge tätig, der unter dem Namen Professor Berger geführt wurde. In der Kompagnie des Hauptmanns Kiefer war auch ein Feldwebel Samson als Funker tätig, dessen wirklicher Name niemals ermittelt worden ist. Eines Tages weigerte sich Samson, auf dem Kasernenhof mit den Mannschaften Griffe zu üben und sollte infolgedessen wegen Gehorsamsverweigerung bestraft werden. Samson stand unter dem Verdacht, kommunistischer Spitzel im Freikorps zu sein, und man beschuldigte ihn insgeheim weiter, daß er an die Polen und an die Interalliierte Kommission in Beuthen Nachrichten über das Korps Oberland verkauft habe. Bei der Haussuchung wurde als belastendes Material lediglich eine Mitgliedskarte eines westfälischen Knappschaftsvereins gefunden. Das Gericht des Freikorps hielt angeblich die Schuld des Samson für erbracht und verurteilte ihn zum Tode. Baer erhielt von seinen Vorgesetzten den Auftrag, Samson zu erschießen. Zu diesem Zweck ging der jetzige Angeklagte Baer mit dem Leutnant Maiwald und vier Mann der Kompagnie Kiefer am folgenden Tage mit dem Feldwebel Samson in den Wald bei Ziegenhals, angeblich, um einen Platz für die Funkenstation zu suchen. Dort erklärte Baer, Samson sei des Verrates an die Polen überführt und deshalb zum Tode verurteilt. Nach der Schilderung Baers hat er zuerst zwei Schüsse auf Samson abgefeuert und dieser stürzte zu Boden, da ihn die eine Kugel in die Schulter getroffen hatte. Darauf sei Leutnant Maiwald hinzugetreten und habe durch zwei Revolverschüsse in die Brust den Feldwebel getötet. Die Leiche wurde dann an Ort und Stelle vergraben. Nach der Schilderung des Angeklagten Baer habe sich im Freikorps dann eine starke antisemitische Strömung bemerkbar gemacht. In einer Sitzung des Offizierkorps sei beschlossen worden, politisch linksstehende Führer zu beseitigen. Er selbst habe den Auftrag erhalten, den in Bad Finsburg weilenden Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Levi unauffällig aus der Welt zu schaffen. Er sei mit reichlichen Geldmitteln ausgerüstet worden und sei nach Finsburg gefahren. Dort ist Baer dann in einer Pension abgestiegen, wo er zwei Herren kennenlernte, denen gegenüber er aus der Schule plauderte. Beide drangen in ihn ein, die Tat unter keinen Umständen zu begehen und sie erreichten tatsächlich, daß Baer in ihrer Begleitung nach Breslau fuhr, wo er dem Polizeipräsidenten und einem anderen Beamten seine Erlebnisse im Freikorps schilderte, und sich selbst des Mordes an dem Feldwebel Samson bezichtigte. Merkwürdigerweise wurde Baer nicht verhaftet, sondern auf freiem Fuß gelassen. Er hielt sich dann in Breslau auf und wurde eines Tages aus seiner Wohnung von sieben früheren Kameraden unter Führung eines Oberleutnants Stenger entführt. Unterwegs in Neustadt mußte die Fahrt wegen einer Panne unterbrochen werden und man sperrte Baer in ein Zimmer ein, nachdem ihm unterwegs schon eröffnet worden war, daß er wegen seines Verrates sterben müsse. Zufälligerweise kamen zwei Gendarme in das Lokal und befreiten den Gefangenen auf seine Hilferufe. Die Oberländer entflohen und Baer wurde von der Polizei in Neustadt befreit. Das Polizeipräsidium Breslau sandte die gesamten Akten an den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung und an das Justizministerium. Erst einige Monate später, als die Untersuchung der Angelegenheiten zuständigen Gerichten in Neiße übergeben worden war, wurde dann Baer verhaftet und in das Gefängnis zu Neiße übergeführt. Die Untersuchung des Falles ist zurzeit noch immer nicht abgeschlossen. Bisher sind zahlreiche Verhaftungen erfolgt: Hauptmann Kiefer, Dr. Runge, die als Gerichtsoffiziere des Korps bezeichnet werden, sind in München ebenso wie andere Offiziere des Freikorps Oberland vernommen worden. Sie bezeichnen die Erzählungen des Angeklagten als Phantasien und behaupten ihrerseits, daß Samson nicht auf ihren Befehl erschossen worden sei. Auch die beabsichtigte Beseitigung des kommunistischen Abgeordneten sei niemals von ihnen befohlen worden. Das Verfahren steht jetzt kurz vor dem Abschlusse, so daß mit der Durchführung dieses Prozesses voraussichtlich in einigen Monaten zu rechnen ist. Die Verteidigung des Angeklagten Baer haben Rechtsanwalt Dr. Alsleben und Rechtsanwalt Gollmick-Berlin übernommen.

Die Halloren beim deutschen Kronprinzen.

Alt und eng sind die Beziehungen zwischen der historischen Salzwirkerschaft der Halloren in Halle und dem Hohenzollernhause. Bekanntlich fuhr früher regelmäßig eine Abordnung der Halloren am Neujahrstage nach Berlin, um dem Kaiser persönlich unter Ueberreichung von Salz, Soleiern und Schlackwurst die Glückwünsche für das neue Jahr darzubringen. Jeder preußische Herrscher hingegen mußte bei seinem Regierungsantritt den Halloren ein Pferd und eine Fahne schenken. Der berühmte Silberschatz der hallischen Salzwirker, der vor zwei Jahren nach Amerika verkauft werden sollte und einen unersetzlichen materiellen und kulturellen Wert darstellt, kommt größtenteils auch von den Hohenzollern.

In diesem Jahre hat nunmehr eine aus drei Mann bestehende Deputation der Halloren Gelegenheit genommen, den deutschen Kronprinzen anläßlich seiner Heimkehr aus Holland auf deutschem Boden zu begrüßen. Sie wurden in Oels aufs freundlichste von Kronprinzen aufgenommen und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240107-12/fragment/page=0005

in ein längeres Gespräch gezogen. Er gab seinerseits seiner Freude, wieder in Deutschland weilen zu können, Ausdruck, andererseits aber auch seinem Schmerz, das Vaterland in derartig trüben Verhältnissen vorgefunden zu haben, und versicherte des weiteren, daß er sich von jeder Politik fernhalten und lediglich als Privatmann in Deutschland leben werde.

Nach herzlichem Abschiede kehrte die Abordnung nach Halle zurück.

*

Die deutschen chemischen Patente.

London, 6. Januar. Reuter meldet aus Wilmington (Delaware): Der Bundesbezirksgerichtshof hat den Verkauf von 5700 deutschen chemischen Patenten an eine chemische Unternehmung, die während des Krieges vom Verwalter ausländischen Eigentums eingetragen worden war, bestätigt. Die augenblickliche Regierung, die vergeblich versucht hat, diesen Verkauf als gegen die Verfassung verstoßend erklären zu lassen, wird nun beim Obersten Gerichtshof Berufung einlegen.

*

Wer die politische Macht der Familie Du Pont, der Beherrscherin des Du Pontschen Pulvertrusts und Gründerin und Hauptaktionärin der „Chemical Foundation of Amerika", in ihrem Heimatstaate Delaware kennt, wird sich über das Urteil der ersten Instanz nicht sonderlich verwundern. Dem Prozeß der Regierung gegen die „Chemical Foundation" liegt der Tatbestand zugrunde, daß im Herbste 1918, und zwar bereits nach dem Waffenstillstand, der damalige Verwalter für das feindliche Eigentum, Garvan, mit Genehmigung des von Wilson während seiner Abwesenheit in Paris als „acting president" eingesetzten Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Polk, die deutschen chemischen Patente, deren Wert die Regierung auf hundert Millionen Dollar veranschlagt, für den Spottpreis von 250 000 Dollar an die Du Pontsche Neugründung verkauft hat. In ihrer Klage stützt sich die Regierung darauf, daß die Bestellung Polks als „geschäftsführenden Präsidenten" verfassungswidrig gewesen sei.

*

Englands Gleichgewichtspolitik.

London, 6. Januar. In einem bemerkenswerten Artikel der „Times" wird die Rückkehr zu der traditionellen englischen Politik angekündigt, die das Gleichgewicht auf dem Kontinent erstrebt, um für das Inselreich freie Hand auf allen Meeren und in allen Weltteilen zu erlangen.

Das führende konservative Blatt gibt zunächst eine überaus pessimistische Darstellung der Ergebnisse der britischen Außenpolitik in den letzten Jahren. Der englische Einfluß sei so gut wie ausgeschaltet. Das bedeute für die Kräfte, die vorziehen würden, Großbritannien unberücksichtigt zu lassen, eine außerordentliche Gelegenheit, ihre Ziele zu verfolgen. Auf jeden Fall stehe Europa nicht still und könne auch nicht still stehen: es ändere sich täglich in seinen Tendenzen und Kombinationen. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland änderten sich bis in die feinsten Einzelheiten. Unter dem Druck der Ruhrbesetzung scheine nicht nur die Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, **sondern auch die deutsche Regierung selbst mehr und mehr geneigt zu sein, in Abwesenheit irgendwelcher entgegenwirkenden Kräfte zu versuchen, ihre Lage zu erleichtern, indem sie separate und exklusive Vereinbarungen mit Frankreich treffe.** Die Ruhrindustriellen hätten mit der französischen Regierung bereits eine Vereinbarung getroffen.

Die Führer des Rheinlandes retteten sich aus dem separatistischen Terror durch irgendein Kompromiß mit Frankreich, das, wie sie hofften, von Berlin gebilligt werde. Diesen Tatsachen Rechnung tragend, suche Reichskanzler Marx einen Modus vivendi mit der französischen und der belgischen Regierung, und es werde erwartet, daß Poincare nächste Woche eine endgültige Antwort auf die deutschen Vorschläge erteilen werde. Inzwischen würden Fortschritte gemacht mit dem Plane einer Verbindung der französischen und der deutschen Industrie nicht nur in dem Sinne, daß das Lothringer Erz mit der Ruhrkohle vereinigt werde, sondern auch in dem weiteren Sinne eines direkten und dauernden französischen Einflusses auf die industrielle Produktion.

Das Blatt deutet dann an, daß die Herstellung eines europäischen Gleichgewichts gegen Frankreich unter englischer Führung im Grunde nur das Ziel verfolge, eine neue Verständigung mit Frankreich anzubahnen. Es schreibt: „Eine entschlossene und weitsichtige Politik, die mit Konsequenz durchgeführt würde, würde allen Einflüssen in Frankreich entgegenwirken, die uns ungünstig gesinnt sind. Sie würde die Achtung des einfachen Franzosen vor England wiederherstellen und würde die Basis für eine neue Freundschaft zwischen beiden Völkern schaffen und damit letzten Endes den wahren Interessen Frankreichs dienen."

*

Die deutsche nationalsozialistische Bewegung in der Tschechoslowakei.

Die deutsche nationalistische Bewegung in der Tschechoslowakei hat in den letzten Monaten in einer Weise zugenommen, die die Behörden veranlaßt hat, sich mit dieser Bewegung eingehender als sonst zu beschäftigen. Wie die Behörden sich ihrer Aufgabe annahmen, geht daraus hervor, daß Eisenbahnangestellte, Professoren und sonstige Staatsbeamte, welche sich als Mitglieder der nationalistischen Partei bekannten, entweder in rein tschechische Ortschaften versetzt oder überhaupt aus dem Staatsdienste entlassen wurden. Lange vor den Münchener Umsturztagen schon war der Vertrieb des „Völkischen Beobachters" in der Tschechoslowakei durch behördliche Verfügung verboten worden, und es hat ein Fall in einer westböhmischen Stadt nicht wenig Aufsehen erregt, wo ein Nationalsozialist wegen eines für den „Völkischen Beobachter" bestimmten Manuskriptes in Strafuntersuchung gezogen wurde. Das Mißglücken des Hitlerputsches hat der deutschen nationalsozialistischen Bewegung in der Slowakei keinen Abbruch getan; im Gegenteil, der jungen Partei sind während des Münchener Putschversuches und nachher eine sehr beträchtliche Anzahl neuer Anhänger entstanden. Wohl selten noch ist ein Volksführer in Böhmen gefeiert worden wie Hitler, dessen Werdegang von den wenigsten verfolgt worden ist und von dessen Tätigkeit sich die wenigsten wohl ein richtiges Bild zu machen imstande sind. Aber so wie in München ist Hitler auch in Eger und Reichenberg, in Karlsbad und Teplitz zur Mode geworden, und die Zeitungen, die regelmäßig ausführliche Hitlerberichte zu veröffentlichen in der Lage waren, hatten eine dankbare Leserschar. Die deutsche nationalsozialistische Partei in der Tschechoslowakei, die so eigentlich von dem lebt, was die Berichte und Veröffentlichungen aus Bayern an Begeisterung auslösen, verfügt derzeit über fünf Abgeordnete und einen Senator, die durch Koppelung mit der deutschnationalen Partei ins Parlament gekommen sind. Der geistige Führer ist derzeit der Abg. Hans Knirsch, der eigentliche Gründer der deutschböhmischen nationalsozialistischen Partei. An zweiter Stelle ist Abg. Jung aus Troppau zu nennen, ein guter Redner, dessen Ausführungen im Parlamente großer Aufmerksamkeit begegnen. Die junge Partei, die über eine nicht sehr bedeutende Presse verfügt, hat, wie oben gesagt, gerade in den letzten Monaten, d. h. seit dem Fehlschlagen der Hitlerschen Aktion in München, an Ausbreitung gewonnen. Hauptsächlich studentische und akademische Kreise wenden sich ihr zu. Nunmehr erscheint jedoch die Bewegung in der Tschechoslowakei ernstlich gefährdet; wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, plant die tschechische Regierung die Herausgabe einer Verfügung, die das Verbot dieser Bewegung zum Inhalt haben wird. Es bleibt abzuwarten, welche Wirkung dieses Verbot, falls es wirklich in Kraft treten sollte, im deutschen Teile Böhmens auslösen wird.

Aus Provinz und Reich.

Plünderungsschäden auf dem Lande.

Vom Landbund Leipzig wird geschrieben:

Es dürfte allgemein bekannt geworden sein, daß während des vergangenen halben Jahres die Plünderungen und Diebstähle auf dem Lande bis zum Eintreffen der Reichswehr einen außerordentlichen Umfang angenommen hat. Trotzdem wird man sich kein klares Bild machen können, welche Verluste der Landwirtschaft und schließlich auch der Allgemeinheit durch diese Räubereien, deren Einzelfälle mit „Mundraub" nicht die entfernteste Aehnlichkeit haben, zugefügt wurden. Die für den verhältnismäßig kleinen amtshauptmannschaftlichen Bezirk Leipzig durchgeführten einwandfreien Ermittelungen, die nur nennenswerte Schäden statistisch erfassen fördern im Endergebnis ein Zahlenmaterial zutage, welches an eindrucksvoller Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Mögen die nachfolgenden Angaben den vorurteilslosen Stadtbewohnern zu der Erkenntnis verhelfen, daß nur bei Ruhe und Ordnung die Landwirtschaft Höchstleistungen erzielen und damit die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen kann.

Folgende Schäden sind ermittelt worden: 18 001,50 Ztr. Kartoffeln; 4777,50 Ztr. Weizen, 5176,35 Ztr. Roggen; 1377,50 Ztr. Hafer, 1003 Ztr. Gerste, 231 Ztr. Erbsen, 110 Ztr. Bohnen, 1077,50 Ztr. Möhren, 3706 Ztr. Rüben, 100 Ztr. Kohlrüben, 670 Ztr. Zuckerrüben, 399 Ztr. Kraut, 1331 Ztr. Stroh, 1,45 Ztr. Mohn, 3 Ztr. Zwiebeln, 1 Ztr. Grünkohl, 1 Ztr. Gurken, 20 Ztr. Aepfel, 1 Ztr. Birnen, 3 Ztr. Raps, 2 Ztr. Kartoffelflocken, 1½ Schock Sellerie, 3 Brote, 1 Speckseite, 6 Pfund Butter, 200 Ruten Luzerne, 205 Ruten Klee, Ertrag eines Kleefeldes, 7 Rinder, 11 Schweine, 19 Schafe, 2 Ziegen, 3 Truthühner, mit 8 Küken, 61 Gänse, 34 Enten, 82 Hühner.

An Materialdiebstählen werden gemeldet: 6 Feldbahnachsen mit Rädern, 2 Pflugkarren, 1 Feimenleiter, 1 Pferdedecke, sechs Eggen, 3 Pflüge, 1 Kartoffelhaken, 1 Grasmäher, 1 Eggenbalken, 2 Fahrräder, 3 Treibriemen, 1 Jgelpflug, 3 Pflugsättel, 4 Maschinendeichseln, 1 Satz Saateggen, für 100 Goldmark Wäsche, 80 Meter Drahtzaun, Holz von einer Gartenlaube (Wert 120 Goldmark), 100 Kubikmeter Holz, 1 Kuppentür, 30 Kiefernstämme, 2 Festmeter Holz, 10 Quadratfuß 1zöllige Bretter, Einzäunung von zwei Viehkoppeln

*

Der Dieb als Eilgutfracht.

Die Raubzüge eines Berliner Güterdiebes.

Schon seit längerer Zeit war es im mitteldeutschen Güterverkehr aufgefallen, daß in gewissen Speditionstransporten eine ungewöhnlich große Kiste aufgegeben wurde. Durch eine Feststellung der Geraer Kriminalpolizei hat diese merkwürdige Versendungsform eine seltsame Aufklärung gefunden. Organe der Polizei sahen nämlich, daß sich ein Mann aus dem Güterbahnhof Gera mit einem riesigen Tuchballen entfernte. Der Mann wurde verhaftet und als ein 33 Jahre alter Kistenarbeiter Ernst Wegener aus Berlin festgestellt. Die eingehende Vernehmung des Verhafteten brachte die Einzelheiten der Diebesfahrten, die Wegener schon seit Jahren betrieb, ans Tageslicht.

Seine Spezialität war nämlich, Güterzüge während der Fahrt zu berauben. Um die wertvollsten Güter ausfindig zu machen, mochte er die Fahrt in den Zügen selbst mit. Zu diesem Zweck hatte er sich

eine große Wohnkiste

gebaut, die sämtliche Annehmlichkeiten für längeren Aufenthalt, z. B. eine kleine Speisekammer und sogar eine Bedürfnisanstalt enthielt. Die Kiste ließ er durch einen Komplicen als Eilgut aufgeben. Sobald er sich nun in dem Stückgut-Güterwagen befand, suchte er sich solche Frachten aus, die wertvollen Inhalt bargen. Nach Ankunft des Zuges auf bestimmten Stationen übergab er die gestohlenen Güter seinem Komplicen. Vielfach spionierte er auch die Frachtsendungen um und versah sie mit gefälschten Frachtbriefen. Sein Komplice sorgte dann dafür, daß diese Güter an seine Adresse geschickt wurden. Als Mitäter ist ein 38 Jahre alter Arbeiter Erich Schlonies ermittelt worden, der aber flüchtig ist. Dank der riesigen Beute lebten die beiden Eisenbahngüterräuber auf großem Fuß. Sie verkehrten in den teuersten Lokalen, und

lebten als Gentlemen in Saus und Braus.

Als Mitschuldige an den Diebesfahrten wurde auch die Frau Margarete des Wegener ermittelt. Sie hat ihrem Mann bessere Hehlerdienste geleistet. Trotzdem hielt ihr Wegener nicht die Treue, sondern er hatte noch ein Verhältnis mit der jungen hübschen Verkäuferin eines Konfektionsgeschäftes, für die er äußerst freigebig war. Es kam aber häufig zu Zerwürfnissen zwischen den beiden, so daß sich schließlich Wegener von ihr lossagte. Sie war darüber sehr erbost und sann auf Rache. Zufällig las sie von der Verhaftung ihres ehemaligen Geliebten. Nun eilte sie zur Polizei und erzählte dort, was sie von den Diebesfahrten des Wegener wußte. Auf diese Weise wurde die Entlarvung des gemeingefährlichen Güterdiebes erleichtert.

Das ganze Treiben der Diebesbande, denn offenbar gehören noch mehrere Personen zu dieser räuberischen Gesellschaft, ist noch nicht völlig klargestellt. Namentlich werden noch eine Anzahl Hehler und Abnehmer des Diebesgutes gesucht. Daher ist auf zweckdienliche Mitteilungen, die zur weiteren Aufklärung dienen, eine hohe wertbeständige Belohnung ausgesetzt. Die Ermittelungen werden von der Berliner Kriminalpolizei weiter geführt.

Ein nordischer Wintergast im Ostseegebiete.

Aus Kolberg wird geschrieben: Die kalten Wintertage haben einen nordischen Vogel, den Seidenschwanz (Bombycilla ampelis) auch Winterdrossel, Pest- oder Sterbevogel genannt, der in den ausgedehnten Kiefern- und Birkenwäldern nördlich des Polarkreises heimisch ist, über die Ostsee vertrieben. Der träge Geselle, den Mutter Natur mit einem prachtvollen bunten Federkleide ausstattete, verläßt seine Heimat nur, wenn sehr starker Schneefall ihm jede Möglichkeit des Körner- und Beerensuchens genommen hat. Da er nur ungern sein Revier verläßt, so hungert er daheim lieber noch einige Zeit, streicht dann aber ab und wird zum Wandervogel, der heuer scheinbar im ganzen deutschen Küstengebiet anzutreffen ist. Während ihres gastweisen Aufenthaltes vereinigen sich die Seidenschwänze stets zu Gesellschaften, ihren Aufenthalt machen sie ganz von den Futterverhältnissen abhängig, da der Seidenschwanz im Fressen jeden Rekord drückt und beerenreiche Gegenden so leicht nicht verläßt. Wo er reichliche Nahrung vorfindet, läßt er jegliche Vorsicht beiseite, erst mehrfache Nachstellungen machen ihn gewitzter. Gewöhnlich sieht man die ganze Gesellschaft der Gegend auf einem Baume, die farbenprächtigen Männchen suchen mit Vorliebe die Krone auf.

Schon von altersher gilt der Seidenschwanz bei der Bevölkerung als Unheilverkündiger. Sein Name Sterbe- oder Pestvogel, Kriegs- oder Kreuzvogel deutet schon darauf hin, welche Ereignisse von dem Auftreten dieses nordischen Gastes der Aberglauben abhängig gemacht hat. Und daß der Zufall hier tatsächlich seine Hand im Spiele hatte, beweisen die Jahre, in welchen im Laufe des letzten Jahrhunderts Masseneinwanderungen von Seidenschwänzen erfolgten: 1847, 1865, 1869, 1913! (Das Folgejahr brachte stets große Ereignisse!) Besonders im Winter 1913 konnte er nicht nur im Gebiete des Baltischen Meeres, sondern in ganz Deutschland und weit nach Frankreich hinein in großen Schwärmen beobachtet werden.

Der erschwerte Verkehr.

Die gewaltigen Schneemassen, die in den letzten Tagen im östlichen Deutschland niedergegangen sind, haben für den regelmäßigen Eisenbahnverkehr empfindliche Störungen gebracht. Alle Züge aus dem Osten treffen seit Tagen mit großen, meist mehrstündigen Verspätungen, in Berlin ein. Lokomotiven und Wagen sind dann dermaßen mit Schnee bedeckt, daß es scheint, als seien sie gerade aus dem Schnee herausgeschaufelt worden. Die größten Verspätungen wiesen der Bukarest—Oderberger D.-Zug, der 363 Minuten, und der Insterburg—Königsberger D.-Zug, der 254 Minuten, später als fahrplanmäßig in Berlin eintraf. Arg betroffen sind auch die Züge aus Oberschlesien, die wegen vollkommen verschneiter Gleise in der Obergegend nicht vorwärtskommen. Kleinbahnen und Nebenstrecken in dieser Gegend sind teilweise dadurch ganz stillgelegt worden.

Auch aus dem Westen kommen die Züge mit großen Verspätungen an. Schwierigkeiten bestehen auch für die Schweden- und Dänenzüge, da wegen der Eisverhältnisse in den Häfen Saßnitz und Warnemünde einerseits die Fährschiffe nur schwer ihren Weg zurücklegen können.

Berlin, 4. Jan. (Ein verhängnisvoller Schuß.) Der 17jährige Sohn Herbert des Bootbauers Runge und der 28jährige Sohn Emil des Fischers Wachs gingen gemeinsam auf die Entenjagd in West-Deep. Später trennten sie sich. Herbert Runge sah dann auf seinem Wege in etwa 40 Meter Entfernung einen Gegenstand, den er für einen Hasen hielt. Er schoß darauf und nahm, als er die Gegend nach der Beute absuchte, zu seinem Entsetzen wahr, daß er seinen Jagdkameraden durch einen Kopfschuß getötet hatte.

Turnen, Spiel und Sport.

Ein toter Sonntag für den Fußballsport.

Vollständig verwischt lagen gestern die in eine dicke Schneedecke eingehüllte Fußballfelder. Der Sonntag wurde zu einem für den Fußballsport vollständig verlorenen — das für kam der Eissport zu seinem vollen Recht und nahm eine große Zahl der Fußballanhänger für sich in Anspruch.

Aus dem trotz des hohen Schnees geplanten Ligaverbandsspiel BFC. — Wacker in Halle wurde leider doch nichts, da Wacker den Versuch, sein großes Spielfeld schneefrei zu gestalten, bald als nutzlos aufgeben mußte. Die Schneemassen waren zu gewaltig, als daß eine vollständig einwandfreie Fläche herzustellen möglich gewesen wäre. Am Sonnabend Mittag sagte daher Wacker das Spiel ein unserem BFC. noch ab.

*

Eishockey!

Der Merseburger Eisklub will versuchen, nun auch den Eishockeysport, der in Merseburg bisher noch nicht gepflegt worden ist, einzuführen. Bei dem großen Interesse, das weite Kreise der Bevölkerung dem Merseburger Eisklub entgegengebracht haben, steht zu erwarten, falls sich das Wetter noch einigermaßen hält, daß wir schon im Laufe der Woche mit Aufnahme des Eishockeysportes zu rechnen haben. Eile tut allerdings not, darum melde sich jeder, der Eishockey treiben und einen Schläger dazu bestellen will, umgehend bei Dr. Wuttke, Brauchhausstraße 15 b. Die Schläger sollen gemeinsam bezogen werden.

Bunte Zeitung

Zeitungsknigge.

In seinem Buche „Wie entsteht eine Zeitung?" teilt Dr. Hans Simon folgenden sehr beherzigenswerten „Zeitungsknigge" mit: Redakteure sind auch nur Menschen, die sich Irrtum vorbehalten müssen. Das vergeßt nicht. — Zeitungen werden in denkbar kürzester Frist mit der Uhr in der Hand hergestellt. Das sollte manche Flüchtigkeit erklären und entschuldigen. — Halte bei Redaktionsbesuchen den Redakteur nicht unnötig auf, denn seine Zeit ist kostbar, seine Höflichkeit aber unerschöpflich. — Vergiß nicht, daß die Zeitung jedem etwas bringen soll, und daß sie nicht nur deinen besonderen Wünschen und Interessen dienen kann. — Bist du mit deiner Zeitung zufrieden, so sage es anderen, bist du unzufrieden, so sags der Redaktion. — Bist du durch ein Inserat zu einem Einkauf veranlaßt worden, so sage dem betreffenden Geschäftsmann, in welcher Zeitung du das Inserat gelesen hast. — Unterstütze den Inseratenteil deiner Zeitung. — Wird für deine Zeitung, denn du stärkst damit das Zeitungsunternehmen und hast selbst die Vorteile der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Blattes. — Laß deine Zeitung, wenn du sie nicht mehr benötigst, gelegentlich in der Eisenbahn, Straßenbahn, überhaupt dort, wo sie ein Leser finden kann, liegen, damit sich vielleicht neue Anhänger und Abonnenten des Blattes finden. — Unterstütze deine Zeitung, wo du nur kannst, denn von den Abonnementsbeträgen allein kann sie nicht existieren.

Wie Schadow seinen Hut schonte. Der „alte Schadow", der große Bildhauer, der zu den populärsten Persönlichkeiten des Berlins vor 100 Jahren gehörte, ging alltäglich nach dem „Leseverein", um dort die neuesten Zeitungen und Zeitschriften zu studieren. Ein anderer fleißiger Besucher des Lesekabinetts war der Minister von Schuckmann. Aber während der Künstler früh kam und zeitig wieder fortging, erschien der vielbeschäftigte Staatsmann stets spät, blieb bis um 9 Uhr, wo das Licht ausgelöscht wurde, und ließ sich dann in seinem Wagen nach Hause fahren. Als er eines Abends wieder als letzter den Leseverein verließ, fand er in der Garderobe an Stelle seines Hutes einen fremden vor, und er war freudig überrascht, seinen abgeschabte Kopfbedeckung mit einem ganz neuen prächtigen Hut vertauscht zu finden. Er setzte also den fremden Hut auf und fuhr in dem Sturm und Regen, der an dem Abend herrschte, nach Hause. Am nächsten Morgen wurde aber der neue Hut abgeholt und sein alter wiedergebracht. Als Schadow das nächste Mal mit Schuckmann zusammentraf, erklärte er ihm den Vorfall: „Ich hatte gerade einen ganz neuen Hut auf, und da es so regnete, dachte ich: Ihrem alten Filz, Herr Minister, kann auch der größte Regen nicht mehr viel schaden. Mein neuer Hut aber wird geschützt, wenn Sie mit ihm im Wagen nach Hause fahren, und so nahm ich Ihren Hut und ließ meinen da."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240107-12/fragment/page=0006